

Korrigierte Version
(Abbildung 5 auf Seite 167)

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Frühjahr 2019

152 Editorial von Claus Michelsen et al.

Deutsche Wirtschaft kreuzt gegen den Wind – Weltkonjunktur kühlt weiter ab



154 Bericht von Claus Michelsen, Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Stefan Gebauer und Malte Rieth

Weltwirtschaft und Euroraum: Schwacher Welthandel, aber binnenwirtschaftliche Kräfte weitgehend intakt



162 Bericht von Claus Michelsen, Martin Bruns, Marius Clemens, Max Hanisch, Simon Junker, Konstantin Kholodilin und Thore Schlaak

Deutsche Wirtschaft derzeit besser als ihr Ruf

184 Interview mit Claus Michelsen

185 Anhang Hauptaggregate der Sektoren und VGR-Tabellen

192 Kommentar von Karl Brenke

Home-Office: Nicht in der Bequemlichkeit verharren



AUF EINEN BLICK

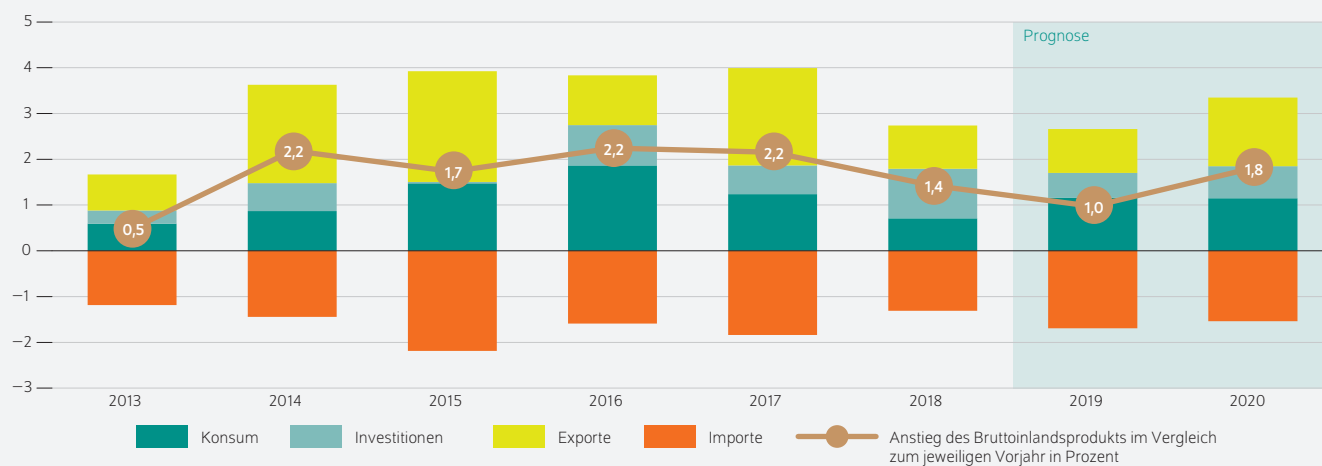
Deutsche Wirtschaft kreuzt gegen den Wind – Weltkonjunktur kühlt weiter ab

Von Claus Michelsen et al.

- Deutsche Wirtschaft trotz merklicher Konjunkturabkühlung weiterhin mit soliden Wachstumszahlen – DIW-Prognose bei 1,0 Prozent für 2019 und 1,8 Prozent für 2020
- Abschwächung der Weltwirtschaft, unter anderem durch Handelskonflikte und Brexit, trifft Exportindustrie in Deutschland besonders stark
- Binnenwirtschaft stützt Wachstum: Beschäftigungsaufbau geht ungebremsst weiter, privater Konsum auch dank wieder niedrigerer Inflation stark, Bauwirtschaft brummt
- Öffentliche Haushalte mit voraussichtlich knapp 43 Milliarden Euro Überschuss in diesem Jahr und gut 37 Milliarden Euro im kommenden Jahr
- Investitionen in Digitalisierung sowie Forschung und Entwicklung könnten Wachstumspotential erhöhen und Impuls gegen Konjunkturabkühlung geben

Hochkonjunktur in Deutschland ist vorüber, vor allem privater Konsum sorgt aber weiter für solides Wachstum

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



ZITAT

„Die Wachstumsdynamik wird vielerorts zunehmend vom Konsum statt von den Investitionen getragen. Das ist schlecht für die deutsche Industrie, denn sie exportiert in erster Linie Investitionsgüter. Deshalb bekommen wir die Entwicklung beispielsweise in China und Teilen des Euroraums so stark zu spüren.“

— Claus Michelsen, DIW-Konjunkturchef —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Claus Michelsen
www.diw.de/mediathek

Deutsche Wirtschaft kreuzt gegen den Wind – Weltkonjunktur kühlt weiter ab

Von Claus Michelsen, Guido Baldi, Martin Bruns, Marius Clemens, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Stefan Gebauer, Max Hanisch, Simon Junker, Konstantin Kholodilin, Malte Rieth und Thore Schlaak

Die deutsche Wirtschaft wird nach Einschätzung des DIW Berlin im laufenden und im kommenden Jahr weiterhin mit soliden Wachstumszahlen aufwarten. Insgesamt kühlt die Konjunktur aber merklich ab und die Auslastung der Produktionskapazitäten erreicht wieder ihr Normalniveau. Hierfür ist in erster Linie eine Abschwächung der Weltkonjunktur verantwortlich. Belastet wird diese durch die konjunkturelle Schwäche Chinas, Handelskonflikte und politische Unwägbarkeiten, etwa rund um den Brexit. Dies trifft in besonderem Maße die auf den Investitionsgüterexport spezialisierte deutsche Wirtschaft. Deutschlands Wachstumsdelle wird aber voraussichtlich nach und nach wettgemacht. Dabei hilft, dass die privaten Haushalte seit Jahresbeginn von einigen Entlastungen profitieren und sich die Anzeichen für eine Erholung in der Automobilindustrie mehren. Dennoch senkt das DIW Berlin auch angesichts der auf breiter Front eingetrübten Geschäftserwartungen seine Wachstumsprognose für die deutsche Wirtschaft auf 1,0 Prozent für dieses Jahr. Der Ausblick für das Jahr 2020 bleibt mit prognostizierten 1,8 Prozent Wachstum des Bruttoinlandsprodukts nahezu unverändert.

Kurzfristig dominieren Sondereffekte das Wirtschaftsgeschehen: So hatte die Automobilbranche bis in den Winter mit den Folgen der schleppenden Zertifizierung der Fahrzeugflotte nach dem neuen Abgas- und Verbrauchsstandard WLTP zu kämpfen. Die jüngsten Zahlen zur Umsatzentwicklung zeigen aber, dass diese Schwäche allmählich überwunden wird. Auch die chemische Industrie scheint sich zu erholen, nachdem ihre Produktion im Herbst aufgrund niedriger Pegelstände auf den Binnenschiffahrtswegen um mehr als 20 Prozent eingebrochen war. Hinzu kommt ein Impuls der Finanzpolitik: Die Beschlüsse der Großen Koalition – etwa dass die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung wieder hälftig von Arbeitgebern und ArbeitnehmerInnen getragen werden – haben den privaten Haushalten seit

dem Jahresbeginn kräftige Einkommenszuwächse beschert. Diese kurbeln den privaten Konsum an.

Auch im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wird die Binnenwirtschaft das Wachstum stützen. Der Arbeitsmarkt zeigt keinerlei Anzeichen von Schwäche – der Beschäftigungsaufbau geht ungebremst weiter. Im laufenden Jahr dürfte die Beschäftigung ein neues Rekordniveau erreichen und die Arbeitslosenquote mit 4,8 Prozent einen weiteren Tiefststand seit der Wiedervereinigung erreichen. Die Entwicklung der realen Löhne ist auch dank der aktuell wieder spürbar geringeren Preissteigerungen – die Inflation liegt in diesem Jahr voraussichtlich bei 1,5 Prozent – mit einem Zuwachs von ebenfalls 1,5 Prozent recht kräftig. Die Bauwirtschaft brummt und auch die Unternehmen haben bis zuletzt trotz aller Unwägbarkeiten in den Ausbau ihrer Produktionskapazitäten investiert.

Auf die Stimmung schlägt allerdings das außenwirtschaftliche Umfeld, das sich derzeit rau zeigt. Nahezu alle Stimmungsindikatoren haben in den letzten Monaten deutlich nachgegeben. Dabei sind es vor allem die Geschäftserwartungen der Industrieunternehmen, die global rückläufig sind – die Dienstleister sind weiterhin zuversichtlich. Die Gründe für die schlechtere Stimmung sind vielfältig: Die Impulse der Finanzpolitik ebbten in den USA allmählich ab – der sogenannte Shutdown, also der Haushaltsstillstand in den USA, hat zudem das Wachstum der US-Wirtschaft gedrückt. In Europa bereitet vor allem die italienische Wirtschaft Sorge. Dort ist das Wachstum weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Und auch Chinas Wirtschaft zeigte sich zuletzt eher schwach. Global haben insbesondere die Investitionen an Dynamik verloren, was der deutschen Wirtschaft aufgrund ihrer Spezialisierung in diesem Segment besonders zu schaffen macht. Dies ist auch Ausdruck des wirtschaftspolitisch unsicheren Umfelds – die Handelsstreitigkeiten zwischen den USA und China haben sich zwar beruhigt. Ungemach zeichnet sich aber in Form

eines neuerlichen Aufflammens des Konflikts zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten um die Automobilexporte in die USA ab. Gerade für die deutsche Wirtschaft stellt die Einführung von Zöllen ein erhebliches Risiko dar. Auch anhaltende Diskussionen über den Brexit dürften sich kaum positiv auf die Konjunktur auswirken. Angesichts der konjunkturellen Abkühlung und der geringen Teuerung hat die Europäische Zentralbank bereits angekündigt, weiterhin expansive geldpolitische Impulse zu setzen. Die Federal Reserve hat ebenfalls angedeutet, das Tempo der Zinserhöhungen zu reduzieren und damit auf die schwächere wirtschaftliche Entwicklung in den USA zu reagieren.

Die Lage stellt sich längst nicht mehr so vorteilhaft dar wie noch vor Jahresfrist und die Risiken für die Prognose sind deutlich größer geworden. Dies betrifft einerseits das internationale Umfeld: Chinas Regierung hat zwar umfassende Konjunkturpakete angekündigt, um die Wirtschaft zu stützen. Ob und wann diese wirken, bleibt aber ungewiss. In den übrigen Absatzmärkten sind die binnenwirtschaftlichen Kräfte weiter intakt. Die Abkühlung geht dort vor allem auf fehlende Impulse des verarbeitenden Gewerbes zurück. Sollte die Schwäche der Industrie, die wohl in erheblichem Maße durch Unsicherheit verursacht ist, auch auf die Dienstleistungssektoren überspringen, könnte die globale Nachfrage weiter an Schwung verlieren. Darunter würde die Konjunktur in Deutschland zusätzlich leiden. Diese steht aber auch in einige Schlüsselbranchen vor großen Herausforderungen: So wurde die Absatzschwäche deutscher Automobile in erster Linie mit Problemen bei der Zertifizierung nach dem neuen Standard WLTP in Verbindung gebracht. Allerdings kann es ebenfalls sein, dass der Standort Deutschland im globalen Wettbewerb mehr und mehr an Boden verliert. Die umsatzstarken Modelle – beispielsweise im

Bereich der SUV – werden überwiegend nicht in Deutschland gefertigt. Auch der Absatz von Dieselfahrzeugen kommt angesichts drohender Fahrverbote mehr und mehr ins Stocken. Sollten sich die Produktionsrückgänge der Sommermonate des vergangenen Jahres aus diesen Gründen eher als dauerhaft denn als reiner Sondereffekt herausstellen, dann würde dies auch ein deutlich geringeres gesamtwirtschaftliches Wachstum bedeuten.

Trotz dieser Risiken bleibt das DIW Berlin aber bei seiner grundsätzlich positiven Einschätzung der konjunkturellen Lage. Diese Einschätzung stützt sich maßgeblich auf die nach wie vor starken binnenwirtschaftlichen Kräfte. Die öffentlichen Haushalte dürften daher weiterhin mit erheblichen Überschüssen abschließen. Gleichwohl werden die Spielräume aber zunehmend kleiner. Der Überschuss wird von 58 Milliarden Euro im Jahr 2018 wohl auf gut 37 Milliarden Euro im Jahr 2020 sinken.

Gleichzeitig hat sich in den vergangenen Jahren der Haushaltskonsolidierung der Schuldenstand deutlich verringert und liegt jetzt unter 60 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung, was den Maastricht-Kriterien entspricht. Das nach wie vor äußerst günstige Zinsniveau eröffnet Chancen, notwendige und hoch rentable Zukunftsinvestitionen zu finanzieren und damit wichtige Wachstumsimpulse zu setzen. Dabei geht es nicht allein darum, den Verschleiß etwa der Verkehrsinfrastruktur der vergangenen Jahre auszugleichen. Es muss vor allem das Ziel sein, notwendige Zukunftsprojekte, beispielsweise in den Bereichen der Digitalisierung sowie Forschung und Entwicklung voranzutreiben. Dies steigert das Wachstumspotential und die Wettbewerbsfähigkeit. Überdies würde ein Investitionsimpuls die sich abkühlende Konjunktur stützen.

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Martin Bruns ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mbruns@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Max Hanisch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Weltwirtschaft am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Konstantin Kholodilin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | kkholodilin@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mrieth@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

Weltwirtschaft und Euroraum: Schwacher Welthandel, aber binnenwirtschaftliche Kräfte weitgehend intakt

Von Claus Michelsen, Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Stefan Gebauer und Malte Rieth

ABSTRACT

Das weltwirtschaftliche Umfeld bleibt rau. Im vierten Quartal 2018 stagnierten die Wachstumsraten global, besonders traf es den Außenhandel. Für 2019 prognostiziert das DIW Berlin ein Wachstum der Weltwirtschaft von 3,7 Prozent, für das Folgejahr 3,6 Prozent. Positive Impulse werden durch Nachholeffekte – etwa bei der europäischen Automobilindustrie – und von der weiterhin guten Entwicklung an den Arbeitsmärkten erwartet, die den Konsum stützen dürfte. Der Ausblick für den Welthandel wird jedoch geprägt von Handelskonflikten, politischen Unsicherheiten und einer Abschwächung der chinesischen Konjunktur. Zwar zeichnet sich im Handelskonflikt zwischen den USA und China eine Entschärfung ab, dafür deutet sich eine Auseinandersetzung um europäische Exporte von Kraftfahrzeugen und Autoteilen in die USA an. Die Gefahr eines ungeordneten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU und die politische Situation in Italien sorgen für Unsicherheit in Europa. Vor diesem Hintergrund wird die Geldpolitik im Prognosezeitraum voraussichtlich expansiv ausgerichtet sein.

Die Expansion der Weltwirtschaft schwächte sich im Schlussquartal 2018 weiter ab (Abbildung 1). Sowohl in den entwickelten Volkswirtschaften als auch in den Schwellenländern stagnierten die Wachstumsraten zumeist oder waren leicht rückläufig. Hierzu dürfte eine Reihe von Unsicherheiten beigetragen haben, die insbesondere den Außenhandel und die Investitionen belasteten. Dazu kamen temporäre Faktoren, die in einigen großen Volkswirtschaften die Konjunktur dämpften.

Im Prognosezeitraum (2019 und 2020) werden die Sondereffekte, wie die temporäre Stilllegung der amerikanischen Bundesverwaltung, wegfallen. Es wird wohl zu Nachholeffekten kommen, auch weil die europäische Automobilindustrie ihre Produktionsausfälle aus dem vergangenen Jahr teilweise aufholen dürfte. Die Binnenkonjunktur ist in den meisten Ländern weitgehend intakt. So verbessert sich die Lage an den Arbeitsmärkten weiterhin, wenn auch mit vermindertem Tempo. Zudem dürften niedrige Energiepreise im laufenden Jahr für steigende Kaufkraftgewinne bei den privaten Haushalten sorgen.

Demgegenüber bleibt das weltwirtschaftliche Umfeld rau. Handelskonflikte, politische Unsicherheiten und eine Abschwächung der chinesischen Konjunktur prägen den Ausblick für den Welthandel. Dieser wird wohl schwach bleiben und die Investitionstätigkeit der Unternehmen dämpfen. Alles in allem dürfte sich die globale Produktionsausdehnung in diesem Jahr daher auf 3,7 Prozent und im nächsten Jahr auf 3,6 Prozent abschwächen (Tabelle).

Vor diesem Hintergrund wird die Geldpolitik im Prognosezeitraum voraussichtlich expansiv ausgerichtet sein. Sowohl in den USA als auch im Euroraum zeichnet sich eine Verschiebung der geplanten Leitzinsanhebungen ab. Dies dürfte nicht nur in diesen beiden Wirtschaftsräumen, sondern auch in vielen Schwellenländern für günstige Finanzierungsbedingungen sorgen. Die Finanzpolitik wird ebenfalls leicht stimulierend ausgerichtet sein, wenngleich die Konjunkturerfolge der Steuersenkungen in den USA auslaufen und in Japan eine Mehrwertsteueranhebung in diesem Jahr ansteht.

Es besteht eine Reihe von Risiken für die Weltwirtschaft. Zwar zeichnet sich im Handelskonflikt zwischen den USA

und China eine Entschärfung ab. Dafür deutet sich eine Auseinandersetzung um europäische Exporte von Kraftfahrzeugen und Autoteilen in die USA an. Eine Eskalation mit gegenseitigen Zollanhebungen würde nicht nur die Exporte, sondern wohl auch die Investitionen in beiden Regionen belasten. Die Gefahr eines ungeordneten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU ist weiterhin hoch. Ein Austritt ohne Abkommen Ende März würde den Handel zwischen beiden Wirtschaftsräumen erschweren und wohl unmittelbar die Produktion belasten. Schließlich sorgt die politische Situation in Italien für Unsicherheit in Europa, wenngleich die Einigung zwischen der EU-Kommission und der Regierung in Rom die Lage zuletzt etwas entspannt hat. Eine Verschlechterung der italienischen Finanzierungsbedingungen würde die ohnehin gebeutelte, drittgrößte Wirtschaft des Euroraums bremsen.

USA: Trotz Gegenwind lässt Dynamik nur leicht nach

Die US-Wirtschaft ist im vierten Quartal des Jahres 2018 um annualisiert 2,6 Prozent gewachsen. Im Vergleich zu vorhergehenden Quartalen hat sich der Anstieg der privaten Konsumausgaben etwas verlangsamt. Im ersten Quartal des laufenden Jahres dürfte die Wirtschaft nur verhalten zulegen. Da sich die politischen Parteien Ende des Jahres 2018 nicht auf ein Budget für das laufende Fiskaljahr einigen konnten, kam es ab Ende Dezember zu einer fünföchigen Stilllegung weiter Teile der amerikanischen Bundesverwaltung.¹ Gemäß Schätzungen des Congressional Budget Office dürfte dies das Wachstum im ersten Quartal um annualisiert mindestens 0,4 Prozentpunkte verringern.²

In den kommenden Quartalen wird dieser Rückgang durch Nachholeffekte wohl größtenteils ausgeglichen. Die Auswirkungen des amerikanisch-chinesischen Handelsstreits und die damit verbundene Unsicherheit dämpfen die konjunkturelle Entwicklung.³ Zudem laufen die stimulierenden Effekte der im Winter 2017/2018 beschlossenen Steuersenkungen allmählich aus. Vor diesem Hintergrund wird sich die Lage am Arbeitsmarkt etwas langsamer verbessern als bislang. In den vergangenen drei Monaten wurden durchschnittlich 241 000 neue Stellen geschaffen. Angesichts einer etwas nachlassenden wirtschaftlichen Dynamik und eines moderaten Preisdrucks dürfte die US-Notenbank ihre Leitzinsen im Prognosezeitraum – wenn überhaupt – nur noch geringfügig anheben. Zudem wird innerhalb der Notenbank darüber diskutiert, ob der Prozess der Bilanzverkürzung

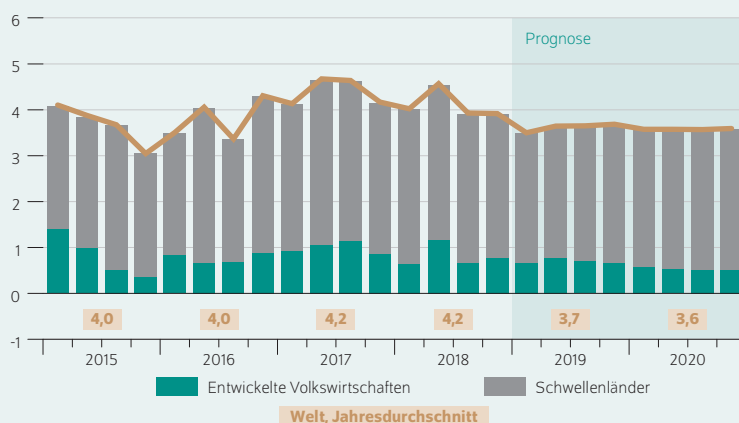
¹ Der Budgetstreit und die Stilllegung der Verwaltung wurden verursacht durch eine politische Auseinandersetzung um den Bau einer Mauer an einigen Grenzabschnitten zu Mexiko.

² Congressional Budget Office (2019): The Effects of the Partial Shutdown Ending in January 2019 (online verfügbar, abgerufen am 05. März 2019). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt.

³ Im Laufe des Februars 2019 haben sich die Positionen der beiden Regierungen gemäß öffentlichen Äußerungen zwar angenähert. Eine zuvor für den 1. März 2019 angedrohte Anhebung der US-Importzölle auf chinesische Produkte wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Ob es zu einer dauerhaften Einigung im amerikanisch-chinesischen Handelsstreit kommt, bleibt aber weiterhin fraglich. Auch bei den Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union bestehen weiterhin Unsicherheiten – insbesondere beim Handel mit Fahrzeugen. Bis Mitte Mai wird die amerikanische Regierung entscheiden, ob sie die Zölle auf Fahrzeugimporte – etwa aus der Europäischen Union – erhöhen wird.

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts In Prozent, Prozentpunkten



Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Frühjahrsgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Das globale Wirtschaftswachstum hat zum Jahreswechsel weiter nachgelassen.

ausgesetzt wird. Alles in allem wird die Wirtschaft im Jahr 2019 wohl um 2,4 Prozent zulegen. Im Jahr 2020 dürfte die Wachstumsrate bei 1,8 Prozent liegen.

Japan: Schwacher Außenhandel belastet Konjunktur

Das Bruttoinlandsprodukt in Japan legte im Schlussquartal 2018 um 0,3 Prozent zu, nachdem die Produktion im dritten Quartal rückläufig war. Die anziehende konjunkturelle Entwicklung wurde von einem deutlichen Zuwachs des privaten Verbrauchs getragen. Dämpfend auf die Konjunktur wirkte wie im Vorquartal ein schwacher Außenhandel.

Auch im Prognosezeitraum wird dieser wohl das Wachstum reduzieren. Zwar dürften die kürzlich in Kraft getretenen Handelsabkommen den Außenhandel stützen.⁴ Eine schwächere Nachfrage aus den großen Absatzmärkten Japans – vor allem aus China – wird die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen allerdings wohl belasten. Der private Konsum dürfte die Produktion hingegen vorerst stützen, da die Verbraucherinnen und Verbraucher von der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik sowie einer weiterhin guten Lage auf dem Arbeitsmarkt profitieren. Für Oktober dieses Jahres ist jedoch eine Anhebung der Mehrwertsteuer um zwei Prozent vorgesehen. Diese wird den privaten Verbrauch im weiteren Verlauf voraussichtlich etwas dämpfen. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,0 Prozent und im kommenden Jahr um 0,9 Prozent steigen.

⁴ Das transpazifische Handelsabkommen (CPTPP) und das Japan-EU Free Trade Agreement.

Tabelle

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2017	2018*	2019	2020	2017	2018*	2019	2020	2017	2018*	2019	2020
Euroraum	2,5	1,7	1,3	1,5	1,4	1,7	1,5	1,7	9,0	8,2	7,8	7,5
ohne Deutschland	2,5	1,8	1,4	1,5	1,4	1,7	1,5	1,5	11,4	10,4	10,0	9,8
Frankreich	2,3	1,5	1,5	1,5	1,1	1,8	1,5	1,5	9,4	9,1	8,7	8,4
Italien	1,6	0,8	0,4	1,0	1,3	1,2	1,0	1,1	11,3	10,6	10,4	10,3
Spanien	3,0	2,5	2,3	2,0	2,0	1,7	1,7	1,6	17,2	15,3	14,3	14,1
Niederlande	3,0	2,5	1,8	1,7	1,3	1,6	2,4	1,9	4,8	3,9	3,7	3,7
Vereinigtes Königreich	1,8	1,4	1,2	1,4	2,7	2,4	2,0	2,1	4,5	4,2	4,4	4,4
USA	2,2	2,9	2,4	1,8	2,1	2,4	2,0	2,0	4,4	3,9	3,7	3,5
Japan	1,9	0,7	1,0	0,9	0,6	0,8	1,1	1,2	2,8	2,4	2,4	2,4
Südkorea	3,1	2,7	2,7	2,4	1,9	1,5	2,0	2,7	3,7	3,8	3,0	3,0
Mittel- und Osteuropa	5,0	4,5	3,6	3,3	1,7	2,2	2,4	2,8	4,6	3,7	3,4	3,3
Türkei	7,4	2,6	−0,2	2,9	11,2	16,3	15,9	12,3	10,9	10,8	11,8	11,8
Russland	1,6	2,0	1,8	1,9	3,5	3,1	4,6	4,1	5,1	4,7	4,6	4,5
China	6,8	6,6	6,2	6,0	1,4	1,7	2,3	2,4	4,0	4,0	4,0	4,0
Indien	6,4	7,5	6,1	5,7	3,5	3,9	5,8	6,1				
Brasilien	1,1	1,2	1,0	1,1	3,4	3,7	5,3	6,5	12,8	12,3	8,4	6,2
Mexiko	2,3	2,2	2,0	1,6	6,0	4,9	4,1	3,2	3,4	3,3	4,8	4,8
Entwickelte Volkswirtschaften	2,3	2,2	1,9	1,6	1,8	2,0	1,8	1,9	5,3	4,8	4,6	4,4
Schwellenländer	5,6	5,6	5,0	4,9	2,8	3,3	4,2	4,2	5,2	5,0	4,8	4,6
Welt	4,2	4,2	3,7	3,6	2,4	2,8	3,2	3,3	5,3	4,9	4,7	4,5

* Beruht teilweise auf vorläufigen Angaben.

Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Frühjahrsgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

China: Weiter expansive Finanzpolitik stützt Konjunktur

Die chinesische Konjunktur verlor zum Jahresende 2018 leicht an Dynamik; das Bruttoinlandsprodukt wuchs im vierten Quartal um 1,5 Prozent. Das Wachstum wurde vor allem vom privaten Verbrauch gestützt. Hingegen hat sich der Außenhandel im Vergleich zum Vorquartal weiterhin abgeschwächt.

Dieser dürfte sich auch im Prognosezeitraum nur moderat entwickeln. Zuletzt zeichnete sich zwar eine Entschärfung der Auseinandersetzung zwischen den USA und China ab. Die seitens der USA bisher ergriffenen protektionistischen Maßnahmen dürften die Ausfuhren chinesischer Verbrauchs- und Gebrauchsgüter jedoch noch reduzieren. Zudem wird wohl eine schwächere Entwicklung der Binnenwirtschaft den Außenhandel dämpfen. Positive Impulse werden wohl hingegen von einer weiterhin expansiv ausgerichteten Geldpolitik sowie zusätzlichen finanzpolitischen Maßnahmen wie Steuerensenkungen und Infrastrukturinvestitionen ausgehen. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt in 2019 um 6,2 Prozent und im Jahr 2020 um 6,0 Prozent wachsen.

Euroraum: Verhaltene Konjunktur setzt sich fort

Im Euroraum stabilisierte sich das Wachstum im Schlussquartal 2018, nachdem sich die Expansion in den ersten drei

Quartalen des Jahres stetig verlangsamt hatte. So wuchs das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal erneut um 0,2 Prozent. Dabei dämpfte insbesondere ein geringer Beitrag der Bruttoinvestitionen die Konjunktur. Begünstigt wurde die wirtschaftliche Entwicklung im Schlussquartal hingegen vom privaten Verbrauch und einem positiven Außenhandelsbeitrag.

Auch im Prognosezeitraum wird die weiterhin gute Lage auf dem Arbeitsmarkt den privaten Konsum wohl stützen. So liegt die Arbeitslosigkeit in den großen Mitgliedsstaaten des Währungsraums seit letztem Jahr nahe oder bereits unterhalb ihres strukturellen Niveaus (Abbildung 2). Eine weiterhin rückläufige Arbeitslosigkeit – wenngleich weniger stark als zuletzt – und die damit einhergehenden Engpässe beim Arbeitsangebot werden den zuletzt beobachtbaren Anstieg der Nominallohne verstärken (Abbildung 3). Daneben dürften die zuletzt gefallen Ölpreise den privaten Verbrauch in diesem Jahr stützen, ebenso wie die in einigen Mitgliedstaaten beschlossenen finanzpolitischen Maßnahmen, wenngleich letztere voraussichtlich etwas geringer als zuletzt geplant ausfallen. So sieht der mit der EU nachverhandelte Haushaltsentwurf der italienischen Regierung deutlich geringere Transferleistungen als ursprünglich vor.⁵ Zudem kommt die Umsetzung bereits beschlossener

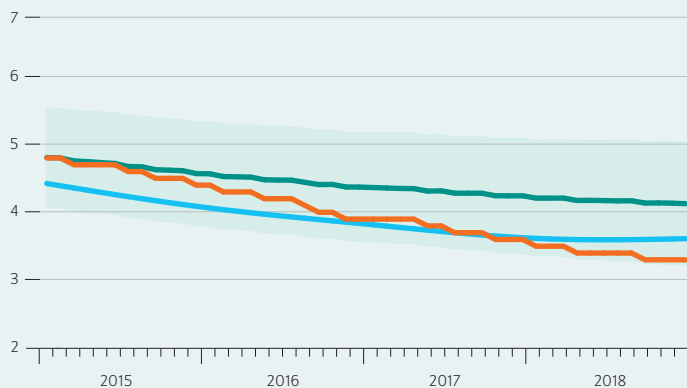
⁵ Vgl. Stefan Gebauer et al. (2019): Italien braucht neue Impulse für Wachstumsbranchen. DIW Wochenbericht Nr. 9, 111-121 (online verfügbar) für eine Diskussion des derzeit vorliegenden Haushaltsplans und die Eignung der enthaltenen Maßnahmen zur Lösung struktureller Probleme in Italien.

Abbildung 2

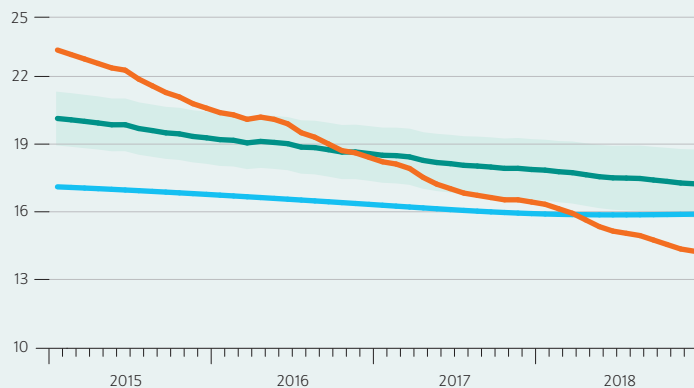
Entwicklung der Arbeitslosenquote¹

In Prozent

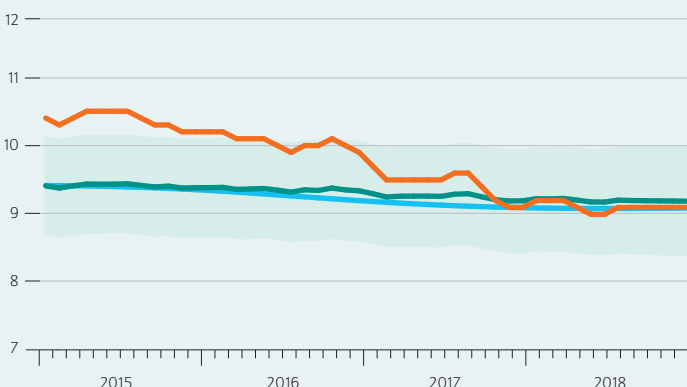
Deutschland



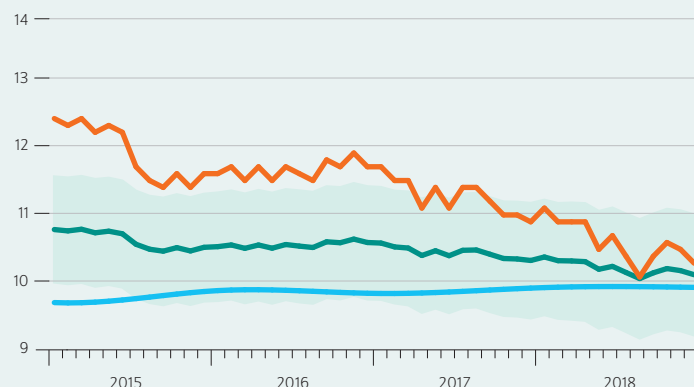
Spanien



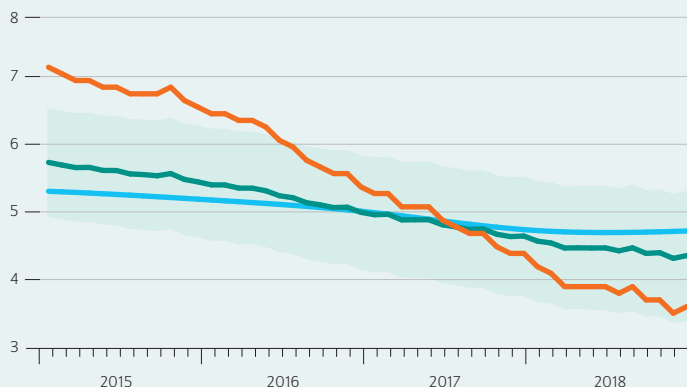
Frankreich



Italien



Niederlande



— Tatsächliche Arbeitslosenquote
— Lohnstabile Arbeitslosenquote (NAWRU)
— Inflationsstabile Arbeitslosenquote (NAIRU)
— Konfidenzintervall NAIRU

¹ Arbeitslosenquote basierend auf der ILO-Erwerbslosenquote.

Quellen: Eigene Berechnungen nach Dany-Knedlik und Holtemöller (2017); DIW Frühjahrsgrundlinien 2019.

Abbildung 3

Löhne und Gehälter im Euroraum Index, in Prozent



Quellen: Eurostat; Europäische Zentralbank.

© DIW Berlin 2019

Die Löhne und Gehälter im Euroraum stiegen im vergangenen Jahr wieder kräftiger.

sozialpolitischer Maßnahmen in den Niederlanden nur langsam voran. In Frankreich wird die Finanzpolitik hingegen aufgrund der anhaltenden Gelbwestenproteste etwas expansiver ausgerichtet sein. Insgesamt dürfte der private Verbrauch die Expansion im gesamten Prognosezeitraum begünstigen, wenngleich weniger stark als im vergangenen Jahr.

Einige der finanzpolitischen Maßnahmen sowie die weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen dürften die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit leicht anregen. Insgesamt werden die Investitionen wohl aber nur geringfügig zur Produktionsausweitung beitragen. Hierauf deuten die zuletzt rückläufigen Einkaufsmangerindizes des verarbeitenden Gewerbes sowie gesunkene Auftragseingänge der Industrie hin. Vor allem die Unternehmen werden sich aufgrund anhaltend hoher politischer Unsicherheiten wohl mit größeren Ausgaben zurückhalten.

So sind etwa die Modalitäten des Brexit kurz vor dem geplanten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU weiterhin ungeklärt. Außerdem ist die Unsicherheit über die Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten stark angestiegen. Die Einführung von Zöllen auf Automobilprodukte aus der Europäischen Union seitens der USA sowie angekündigte Retorsionsmaßnahmen der EU bergen ein erhebliches Eskalationspotential.

Die schwelenden Handelskonflikte dürften den Außenhandel belasten. Zudem wird sich die Nachfrage nach europäischen Waren und Dienstleistungen – insbesondere aus China – im Zuge der nachlassenden weltwirtschaftlichen Dynamik nur schwach entwickeln. Die jüngste Abwertung des Euro sowie das kürzlich in Kraft getretene Freihandelsabkommen

zwischen Japan und der EU werden den Außenhandel der Währungsunion hingegen begünstigen. Unter der hier getroffenen Annahme, dass es zu einem Austrittsabkommen der EU und dem Vereinigten Königreich kommt und dass der Handelskonflikt mit den USA nicht weiter eskaliert, dürfte der Wachstumsbeitrag des Außenhandels im Prognosezeitraum weiterhin positiv sein – wenngleich weniger groß als im Vorjahr.

Aufgrund der Abkühlung der Konjunktur in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres hat der Rat der Europäischen Zentralbank zuletzt einen expansiveren geldpolitischen Kurs angekündigt als zu Beginn dieses Jahres. So wird die Vergabe zielgerichteter Langfriskredite im Rahmen der „targeted longer-term refinancing operations“ (TLTRO) durch eine dritte Auflage beginnend im September 2019 fortgesetzt.⁶ Die Laufzeit des nun angekündigten Programms („TLTRO III“) beträgt eineinhalb Jahre. In dieser Zeit können Banken zweckgebundene Kredite mit einer Laufzeit von zwei Jahren bei der EZB aufnehmen, die Maturität hat sich somit im Vergleich zum vorherigen Programm halbiert. Zudem machten die Währungshüter deutlich, dass mit einer ersten Zinsanhebung nicht wie bisher in der zweiten Jahreshälfte 2019, sondern frühestens im ersten Halbjahr 2020 zu rechnen ist.

Aufgrund der gesunkenen Energiekosten sind die Verbraucherpreise zuletzt weniger stark gestiegen. Die Teuerung lag mit 1,4 Prozent im Januar deutlich unterhalb des Inflationsziels der Zentralbank von knapp zwei Prozent. Im Prognosezeitraum dürfte eine anziehende Lohndynamik die Inflationsentwicklung allerdings anschieben. Insgesamt dürfte sich das Wachstum im Euroraum auf 1,3 Prozent in diesem Jahr sowie 1,5 Prozent im nächsten Jahr abschwächen.

Vereinigtes Königreich: Brexit-Unsicherheit bremst Unternehmensinvestitionen

Im Vereinigten Königreich wuchs das Bruttoinlandsprodukt erneut nur schwach, die Expansionsrate lag im vierten Quartal 2018 bei 0,2 Prozent. Positive Impulse gingen vom privaten und öffentlichen Verbrauch aus, während der Außenhandelsbeitrag negativ war. Daneben belastete die rückläufige Investitionstätigkeit die britische Wirtschaft, wobei die Unternehmensinvestitionen das vierte Quartal in Folge schrumpften. Maßgeblich trug hierzu die anhaltende Unsicherheit über die zukünftigen Beziehungen Großbritanniens mit der Europäischen Union bei.⁷

Aufgrund dieser Unsicherheit dürfte die binnenwirtschaftliche Entwicklung auch im Prognosezeitraum nur moderat zum Wachstum beitragen. So werden sich Unternehmen und KonsumentInnen mit größeren Ausgaben wohl so lange zurückhalten, bis sowohl die Ausgestaltung des EU-Austritts

⁶ Bei den „TLTRO“-Programmen bietet das Europäische System der Zentralbanken Kreditinstituten Langfriskredite zu verminderten Zinssätzen an, um die Kreditvergabe der Banken an die Realwirtschaft zu fördern.

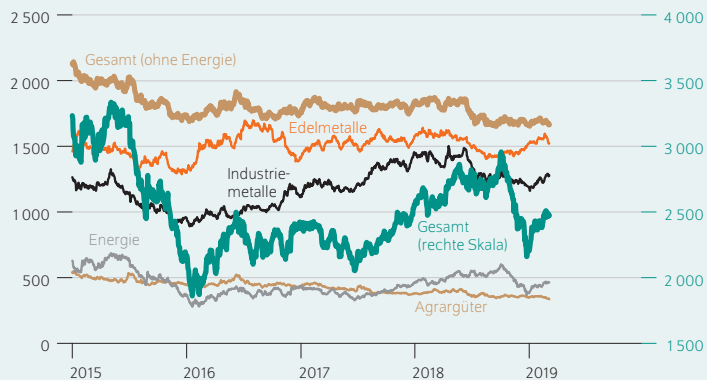
⁷ Vgl. etwa Bank of England (2019): Inflation Report February (online verfügbar) oder die seitens der britischen Notenbank im vierten Quartal erhobenen Umfrageergebnisse des „Decision Maker's Panel Survey“ (online verfügbar).

Abbildung 4

Indikatoren zum weltwirtschaftlichen Umfeld

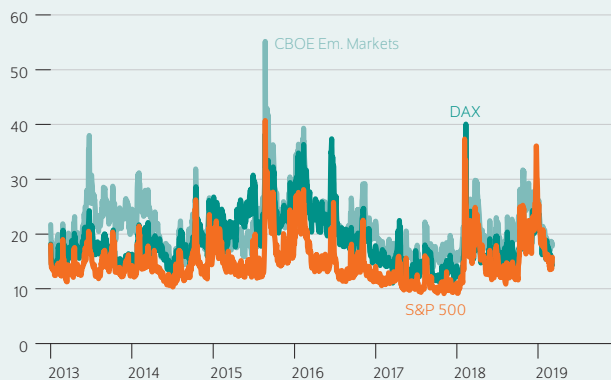
1. Rohstoffe

S&P Goldman Sachs Commodity Index, Total return, US-Dollar



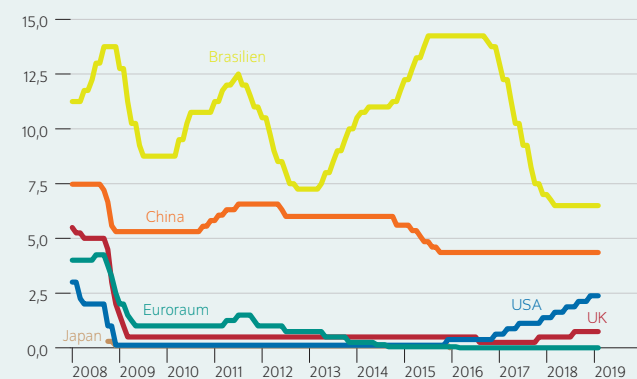
2. Implizite Volatilität

Schwankungen der Indizes in Punkten



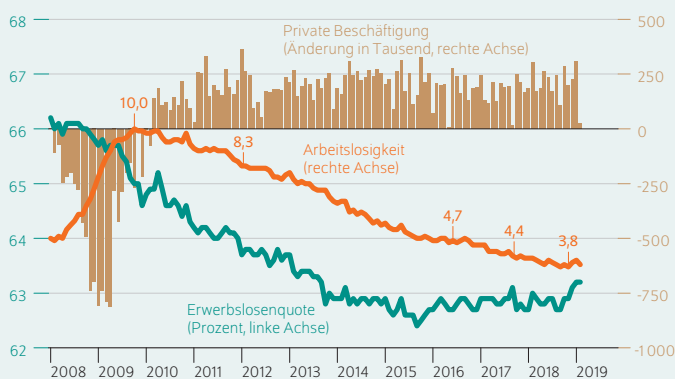
3. Leitzinsen

In Prozent



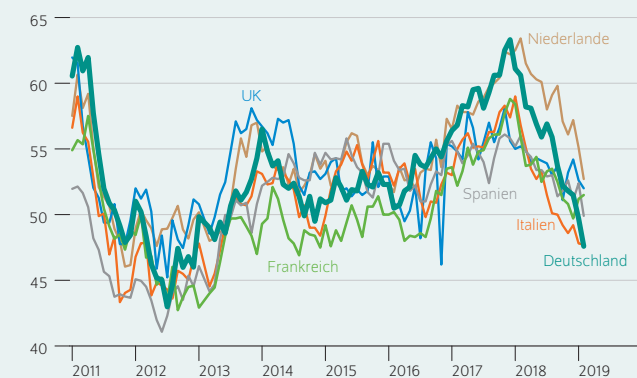
4. USA: Arbeitsmarktsituation

Monats-/Quartalsdaten, saisonbereinigt



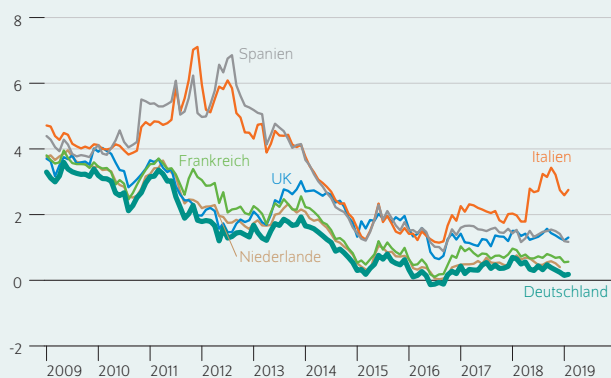
5. Einkaufsmanagerindizes in Europa

Punkte, verarbeitendes Gewerbe



6. Zehnjahresrenditen europäischer Staatsanleihen

In Prozent



Quellen: Bloomberg; Bureau of Labor Statistics; DIW Frühjahrsgroßlinien 2019.

Letzte Beobachtungen: 6. März 2019 (Abbildungsteile 1 und 2); Februar 2019 (Abbildungsteile 3 bis 6).

abschließend geklärt ist, als auch die künftigen Beziehungen nach dem Brexit an Kontur gewinnen.⁸ Daneben werden die privaten Haushalte reale Einkommenszuwächse – bedingt durch eine anhaltend hohe Beschäftigung, steigende Löhne im öffentlichen Sektor und einer rückläufigen Teuerung – wohl vermehrt für die Ersparnisbildung nutzen. Diese liegt zum einen auf historisch niedrigem Niveau, zum anderen dürfte sich die Sparneigung aufgrund einer weiterhin nur mäßigen Entwicklung der Vermögenswerte in den Händen privater Haushalte weiter erhöhen. Der Außenhandelsbeitrag wird wohl aufgrund der geringen Importnachfrage im Prognosezeitraum positiv sein. Die schwächere Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen aus dem Euroraum sowie der seit Jahresbeginn wieder leicht gestiegene Außenwert des britischen Pfund dürften die Exporte belasten, sodass der Wachstumsbeitrag des Außenhandels voraussichtlich gering ausfallen wird. Die britische Wirtschaft wird in diesem und im kommenden Jahr wohl um jeweils 1,2 und 1,4 Prozent wachsen.

Mittel- und Osteuropa: schwache Auslandsnachfrage

Im Schlussquartal 2018 hat sich insbesondere in den beiden großen Volkswirtschaften Polen und Rumänien die Wachstumsdynamik verringert. Dies ist offenbar auf eine geringere Auslandsnachfrage zurückzuführen; in Rumänien gingen auch die Investitionen zurück.⁹ Demgegenüber stützten in Tschechien sowohl Konsum als auch Investitionen die Konjunktur.

Bei rückläufigen Auftragseingängen – auch aus dem Ausland – sind am Jahresanfang 2019 die Einkaufsmanagerindizes für das verarbeitende Gewerbe für Polen und Tschechien unter die Expansionsschwelle gesunken. In den meisten Ländern wird die Konjunktur bei steigenden Einkommen und moderater Preissteigerung vor allem vom privaten Konsum gestützt.¹⁰ Der Rückgang der Arbeitslosenquote ist bei gesteigener Erwerbstätigenquote indes nahezu zum Stillstand gekommen. Zunehmende Engpässe beim Arbeitsangebot dürften zu weiteren Lohnzuwächsen führen und die Wettbewerbsfähigkeit mindern. Im laufenden Jahr wird das Wachstum wohl 3,6 Prozent erreichen und sich im Folgejahr auf 3,3 Prozent verringern.

Russland: Konsumentenvertrauen eingetrübt

Das russische statistische Amt hat in einer ersten Schätzung für das Gesamtjahr 2018 eine Wachstumsrate von 2,3 Prozent gemeldet, nachdem die Wirtschaftsleistung in den ersten drei Quartalen nur um 1,6 Prozent im Vergleich zur Vorjahresperiode gestiegen war. Das Wachstum wurde vor allem vom Export gestützt. Für das unerwartet gute Gesamtergebnis sollen auch gestiegene Bautätigkeiten verantwortlich sein. Allerdings blieb der Zuwachs bei den Investitionen offenbar moderat und auch die Steigerung des privaten Konsums war geringer als im Vorjahr.

Zum Jahresauftakt zeichnet sich kein Aufschwung ab. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich nicht verbessert und die Einkommen nehmen real nicht weiter zu; das Konsumentenvertrauen hatte sich zum Jahresende sogar leicht eingetrübt. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum Jahresanfang dürfte vorübergehend dämpfend wirken. Im Vorfeld der Steuererhöhung hatte die russische Zentralbank den Leitzins nochmals leicht angehoben, um Inflationsrisiken entgegenzuwirken. Der Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe ging zuletzt zurück und liegt nur noch leicht über der Expansionsschwelle. Die wertmäßige Entwicklung der Exporte dürfte von gegenläufigen Effekten geprägt sein: Russland hatte im Rahmen der OPEC-Plus Verhandlungen im Dezember 2018 eine schrittweise Kürzung seiner Ölexporte zugesagt. Der wieder gestiegene Ölpreis wird sich hingegen günstig auf die russischen Einnahmen aus Ölexporten und damit den föderalen Haushalt auswirken.

Für die Jahre 2019 bis 2024 hat die russische Regierung sogenannte Nationale Projekte in zwölf Bereichen im Umfang von circa 65 Milliarden Dollar pro Jahr aufgelegt;¹¹ dies entspricht umgerechnet etwa vier Prozent des BIP des Jahres 2018. Ungeklärte Finanzierungsfragen und teilweise äußerst detaillierte Zielvorgaben dürften die Umsetzung von Projekten indes erschweren. Russland unterliegt international weiterhin Sanktionen. Die Europäische Union hat ihre Sanktionen gegenüber Russland zunächst bis Ende Juli 2019 verlängert. In diesem Jahr dürfte die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts 1,8 Prozent betragen und im nächsten Jahr nur wenig darüber liegen.

⁸ Dieser Prognose liegt weiterhin die technische Annahme eines „weichen“ Brexit zugrunde. Es wird ein Austritt Großbritanniens mit einem Abkommen und einer sich anschließenden mindestens zweijährigen Übergangsphase unterstellt. Dies gilt im Rahmen dieser Prognose als das wahrscheinlichste Szenario. In diesem Szenario blieben die derzeitigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Prognosezeitraum weitestgehend unverändert. Die Effekte eines dennoch möglichen „harten“ Brexit werden in Kasten 3 im Bericht zur deutschen Wirtschaft in dieser Ausgabe des DIW Wochenberichts diskutiert.

⁹ Dies ist auch auf Sondereffekte zurückzuführen. So wurde zum Jahresende die Einführung einer Banksteuer beschlossen, was bereits im Vorfeld die Unsicherheit erhöhte und Investitionsentscheidungen verzögerte.

¹⁰ Die polnische Regierung hat im Vorfeld der Wahlen die Einführung einer „13. Rente“, die Ausweitung des Kindergeldes „500+“ sowie die Befreiung junger Erwachsener unter 26 Jahren von der Einkommenssteuer angekündigt; die Maßnahmen sollen einem Umfang von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2019 und zwei Prozent im Jahr 2020 entsprechen.

¹¹ Gefördert werden sollen vor allem Infrastrukturprojekte, aber auch Vorhaben in den Bereichen Bildung, Kultur sowie Wirtschaft. Sogenannte Nationale Projekte waren bereits für die Periode 2012-2018 aufgelegt worden, allerdings in geringerem Gesamtumfang. Es gibt sehr unterschiedliche Einschätzungen darüber, inwieweit die Umsetzung dieser Projekte gelungen ist.

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mrieth@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 11+12/2019:

www.diw.de/diw_weekly



Deutsche Wirtschaft derzeit besser als ihr Ruf

Von Claus Michelsen, Martin Bruns, Marius Clemens, Max Hanisch, Simon Junker, Konstantin Kholodilin und Thore Schlaak

ABSTRACT

Die Hochkonjunktur in Deutschland ist vorüber, eine Rezession droht indes nicht: Trotz der jüngst schwächeren Konjunktur dürfte die Wirtschaft in diesem Jahr um 1,0 Prozent wachsen. Eine tragende Säule bleibt der Konsum: Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wohl um knapp eine halbe Million steigen. Die Inflation dämpft mit 1,5 Prozent die Kaufkraft kaum; zusammen mit den finanzpolitischen Einkommensschüben wird dies in einem spürbar steigenden privaten Konsum münden. Die Nachfrage aus dem Ausland entwickelt sich hingegen verhalten – dies liegt einerseits an der konjunkturellen Schwäche Chinas, aber auch daran, dass in vielen wichtigen Absatzmärkten die Industrie an Schwung verliert. Die enormen politischen Risiken werden die Unternehmensinvestitionen dämpfen.

Der kräftige Aufschwung der deutschen Wirtschaft ist vorüber, denn die Weltwirtschaft verliert merklich an Fahrt – und dies trifft die hiesige Wirtschaft in besonderem Maße. Während der Konsum in vielen Ländern nämlich noch robust zulegt, schwächt sich die Nachfrage nach Investitionsgütern weltweit ab. Diese Entwicklung dämpft die deutschen Ausfuhren, die sich überproportional aus dieser Gütergruppe zusammensetzen. Zudem steht Deutschland als Standort für die Automobilindustrie mittelfristig vor strategischen Herausforderungen: Besonders nachgefragte Pkw-Modelle – etwa die vielerorts beliebten SUV – werden teilweise heute schon in anderen Ländern produziert. Bereits im vergangenen halben Jahr war es vor allem die Kfz-Industrie, die mit deutlichen Produktionsrückgängen die deutsche Wirtschaft insgesamt gebremst hatte. Hierzu hatten jedoch nicht zuletzt Probleme mit dem neuen Zertifizierungsverfahren WLTP beigetragen (Kasten 1): Diese sind wohl mittlerweile gelöst und die deswegen ausgebliebene Produktion dürfte zumindest zum Teil nachgeholt werden. Anzeichen einer Erholung gibt es seit Ende vergangenen Jahres, Nachholeffekte dürften sich jedoch erst ab Frühjahr deutlicher bemerkbar machen (Tabelle 1); zum Jahresauftakt war die Produktion in der Industrie erneut rückläufig. Deswegen wird der Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt auch im ersten Quartal schwach ausfallen (Abbildung 1). Trotz kräftigeren Raten im weiteren Verlauf (Tabelle 2) – für diese sprechen auch die hohen Auftragsbestände in der Industrie (Abbildung 2) – wird die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr nur um 1,0 Prozent wachsen (Abbildung 3). Im kommenden Jahr dürfte das Wachstum mit 1,8 Prozent kräftiger ausfallen (Tabelle 3), wenngleich der Zuwachs ohne die gut dreieinhalb zusätzlichen Arbeitstage nur 1,4 Prozent betragen würde. Im Zuge der schwächeren Wachstumsraten normalisiert sich die im vergangenen Jahr noch hohe gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung (Abbildung 4).

Die deutschen Exporte werden alles in allem moderat steigen: So setzt sich etwa in den USA der Aufwärtstrend mit vermindertem Tempo fort und in China, wo die Wirtschaft zuletzt geschwächt hatte, dürften ab Mitte des Jahres 2019 allmählich geld- und nicht zuletzt finanzpolitische Stimuli wirken. Auch die Wirtschaft des übrigen Euroraums wird mit etwas geringerem Tempo zulegen als zuvor.

Kasten 1

Produktionshemmnisse im vergangenen halben Jahr

Die Produktion in der Kfz-Industrie wurde im vergangenen Sommer aufgrund fehlender WLTP-Zertifikate gedrosselt. Zunächst sanken die Auftragszahlen (Abbildung 1): Dies hat möglicherweise daran gelegen, dass die Hersteller keine Aufträge mehr angenommen haben. Es wurde nämlich zusehends absehbar, dass sie die bestellten Fahrzeuge nicht mehr rechtzeitig vor Inkrafttreten der WLTP-Richtlinie ausliefern konnten. Ab Juli sanken die Umsätze und die Produktion wurde zurückgefahren. Im Verlauf des Herbstes dürfte der Zertifizierungsprozess für wichtige Modellklassen nach und nach durchlaufen worden sein; die Zahl der Neubestellungen ist ab Oktober in die Höhe geschossen. Auch wenn es jüngst einen Rücksetzer gab: Ab Dezember wurde auch die Produktion wieder ausgeweitet, stärker stiegen noch die Umsätze – wohl, weil zunächst die Lagerbestände reduziert wurden. Im gesamten Zeitraum nahmen die Auftragsbestände zu; dies spricht für produktionsseitige Probleme und gegen einen Nachfragemangel. Dies zeigt sich auch daran, dass vor allem die Kfz-Exporte in die EU rückläufig waren, die von den fehlenden Zertifikaten betroffen waren, und weniger die Fahrzeugausfuhren in den Rest der Welt oder die übrigen Exporte in die EU (Abbildung 2). Im Februar hat sich zudem auch die vom ifo-Institut erhobene Unternehmenseinschätzung zur Produktion in der Automobilindustrie merklich aufgehellt und die vom Verband der Automobilindustrie erfasste Zahl an produzierten Pkw ist saisonbereinigt deutlich gestiegen, was eine Fortsetzung der Erholung signalisiert.

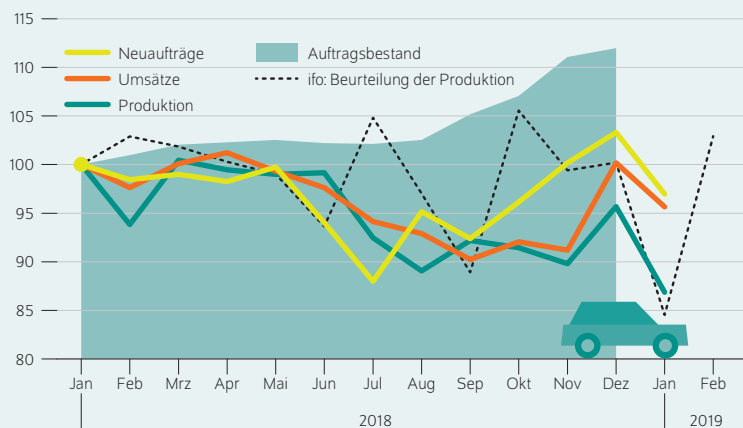
Vor allem der heimische Konsum steigt spürbar: Der anhaltende Beschäftigungsaufbau und die Lohnzuwächse schieben die Einkommen an: Im Jahresdurchschnitt 2019 steigt die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um 470 000, im kommenden Jahr um 280 000. Die Löhne steigen auf Monatsbasis pro Jahr um etwa drei Prozent. Auch die Teuerung entwickelt sich aus Verbrauchersicht günstig: In diesem Jahr dürfte sie bei 1,5 Prozent liegen und damit die Kaufkraft vergleichsweise wenig belasten; im kommenden Jahr steigt sie etwas, auf dann 1,7 Prozent. Hinzu kommt ein Einkommensschub bei den privaten Haushalten als Folge gesetzlicher Neuregelungen. Insbesondere die nun wieder paritätische Finanzierung der Krankenkassenbeiträge beschert den abhängig Beschäftigten seit Jahresbeginn 2019 ein merkliches Plus beim Nettoeinkommen. Auch der Staat weitet seinen Konsum deutlich aus.

Die Unternehmensinvestitionen steigen hingegen nur verhalten: Angesichts der derzeit hohen Risiken dürften die Unternehmen ihre Produktionskapazitäten nur vorsichtig ausweiten. Die Investitionen im Wohnungsbau, wie auch im öffentlichen Bau, entwickeln sich indes weiter dynamisch.

Die Risiken und die Unwägbarkeiten für die vorliegende Prognose sind derzeit hoch: Der Ausgang der Verhandlungen zum Brexit ist noch völlig unklar, mittlerweile scheint auch ein unregelmäßiger Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union nicht völlig ausgeschlossen. Der Handelskonflikt der EU mit den USA schwelt weiter

Abbildung 1

Konjunkturindikatoren für die Kfz-Industrie Index, Januar 2018 = 100



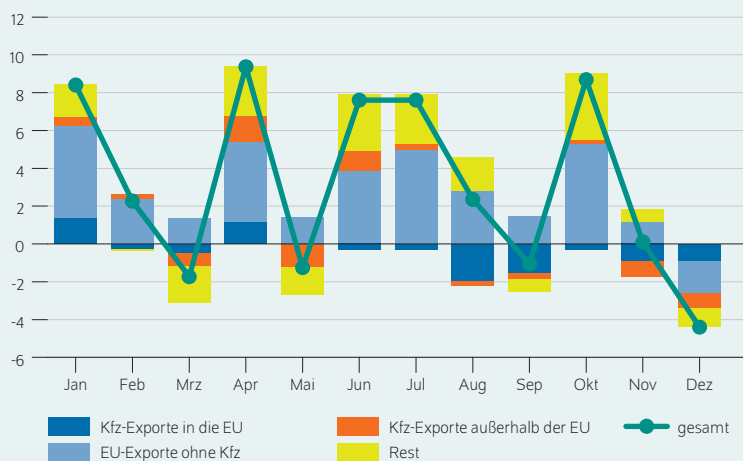
Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2019

Die Ausfälle vom Spätsommer werden allmählich nachgeholt.

Abbildung 2

Exporte nach Waren- und Ländergruppen Prozentuale Änderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat; Balken: Wachstumsbeiträge



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2019

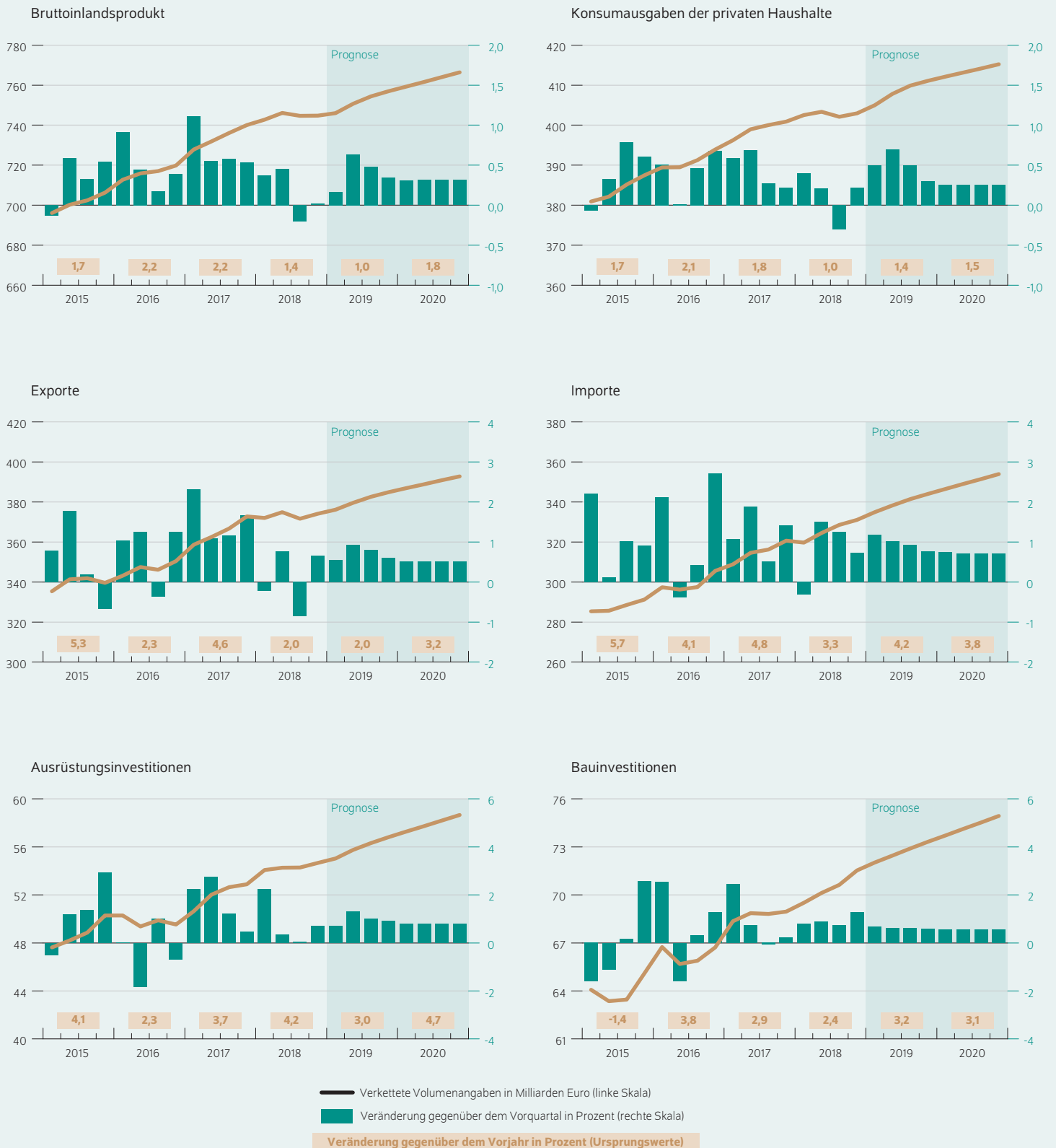
Vor allem die Kfz-Exporte in Länder der Europäischen Union haben gebremst.

und es ist nicht auszuschließen, dass die Vereinigten Staaten Zölle auf aus der EU importierte Fahrzeuge erhöhen. Auch kann das Nachholen vorübergehender Produktionsausfälle nur zu einem geringen Teil oder gar nicht erfolgen, etwa dann, wenn sich die globale Nachfrage deutlicher als erwartet abschwächt. Letzteres ist auch ein Risikofaktor: So hat sich zumindest die Stimmung in vielen Ländern zuletzt überraschend deutlich eingetrübt.

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Frühjahrsgrundlinien 2019; Prognose ab dem ersten Quartal 2019.

Tabelle 1

Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts

	2018				2019				2017 ^{d)}	2018 ^{d)}	2019 ^{d)}	2020 ^{d)}
	I	II	III	IV	I	II	III	IV				
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	0,2	0,6	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	2,2	1,4	1,0	1,8
Effekt der Nettogütersteuern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bruttowertschöpfung ²⁾												
insgesamt	0,2	0,6	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	2,2	1,4	1,0	1,8
Verarb. Gewerbe	-0,5	1,3	0,8	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	2,7	1,0	-0,2	3,2
Baugewerbe	0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	2,4	3,0	3,2	2,5
Handel, Gastgew., Verkehr	0,7	0,9	0,7	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3	3,4	2,1	2,1	2,4
Unternehmensdienstleister	0,1	0,9	0,8	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	2,6	1,7	0,9	1,9
Öff. Dienstl., Erziehung, Gesundheit	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,4	1,4	1,1	0,8
Erwerbstätige ³⁾												
insgesamt	139	75	76	61	60	60	60	60	627	569	404	253
Prod. Gewerbe (o. Bau)	41	16	14	12	11	11	11	11	89	139	108	48
Baugewerbe	18	10	8	5	5	5	5	5	38	40	44	23
Handel, Gastgew., Verkehr	29	13	12	12	15	15	15	15	107	101	67	55
Unternehmensdienstleister	10	10	12	12	12	12	12	12	142	57	14	48
Öff. Dienstl., Erziehung, Gesundheit	34	20	25	16	14	14	14	14	201	187	131	63

1 Änderung des preis-, kalender- und saisonbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum Vorquartal in Prozent.

2 Bruttowertschöpfung: insgesamt - preis-, kalender- und saisonbereinigte Änderung im Vergleich zum Vorquartal in Prozent.

3 Änderung der saisonbereinigten Zahl der Erwerbspersonen im Vergleich zum Vorquartal in Tausend.

4 Jahre: Änderungen (Wirtschaftsbereiche: Wachstumsbeiträge) gegenüber Vorjahr, basierend auf Ursprungswerten; Erwerbstätige - absolute Änderung in Tausend (Jahresmittel).

Quelle: DIW Frühjahrsgroßgrundlinien 2019; Prognose ab dem ersten Quartal 2019.

© DIW Berlin 2019

Tabelle 2

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Saison- und kalenderbereinigte Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent

	2018				2019				2020			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,4	0,2	-0,3	0,2	0,5	0,7	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	-0,4	0,8	-0,3	1,6	0,3	0,5	0,4	0,4	0,6	0,5	0,3	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	1,0	0,6	0,4	0,9	0,7	0,8	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Ausrüstungen	2,2	0,3	0,0	0,7	0,7	1,3	1,0	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8
Bauten	0,8	0,9	0,7	1,3	0,7	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Sonstige Investitionen	-0,5	0,3	0,2	0,5	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Lagerveränderung ¹⁾	0,0	0,3	0,8	-0,6	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,4	0,7	0,8	0,0	0,4	0,7	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag ¹⁾	0,0	-0,2	-0,9	0,0	-0,2	0,0	0,0	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Export	-0,2	0,8	-0,9	0,7	0,5	0,9	0,8	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Import	-0,3	1,5	1,3	0,7	1,2	1,0	0,9	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,5	-0,2	0,0	0,2	0,6	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3

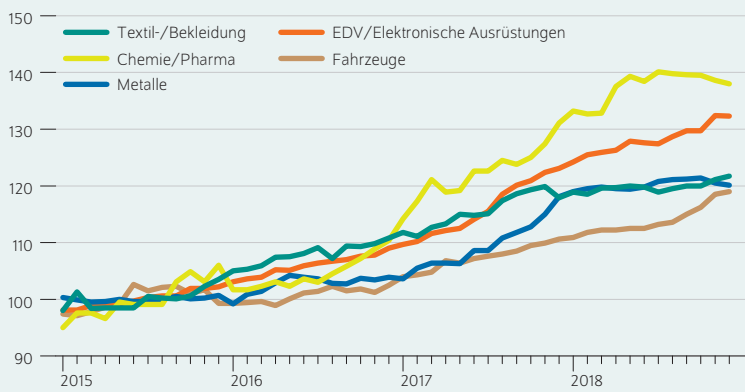
1 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Frühjahrsgroßgrundlinien 2019; Prognose ab dem ersten Quartal 2019.

© DIW Berlin 2019

Abbildung 2

Auftragsbestände in der Industrie Index, preisbereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2019

Hohe Auftragsbestände speisen die künftige Produktion.

Inflation gibt deutlich nach

Die Inflation hat zuletzt nachgegeben: Im Februar lag sie mit 1,6 Prozent deutlich niedriger als noch im Herbst. Im gesamten Jahr 2019 dürfte sie mit 1,5 Prozent auch geringer sein als im vergangenen Jahr, und im kommenden Jahr etwas anziehen, auf 1,7 Prozent.¹

Ein Faktor für die gesunkene Inflationsrate sind die rückläufigen Energiepreise – in Euro gerechnet ist der Brent-Ölpreis seit Oktober um ein Fünftel gesunken. Im Durchschnitt des vergangenen Jahres hatte sich Rohöl noch um ein Viertel verteuert und damit die Inflation insgesamt um knapp ein halbes Prozent nach oben getrieben. Nach den Rückgängen der vergangenen Monate verharren die Rohöl-Notierungen annahmegemäß (Tabelle 4) in etwa auf dem derzeitigen Niveau, was im jahresdurchschnittlichen Vergleich zu rund acht Prozent niedrigeren Ölpreisen führen wird; im kommenden Jahr ergeben sich nahezu keine Änderungen. Damit tragen auch die Energiepreise insgesamt – abgesehen von teils durch die EEG-Umlage bedingten Strompreisanstiegen – kaum zum Preisauftrieb bei, anders als noch im Winter erwartet.

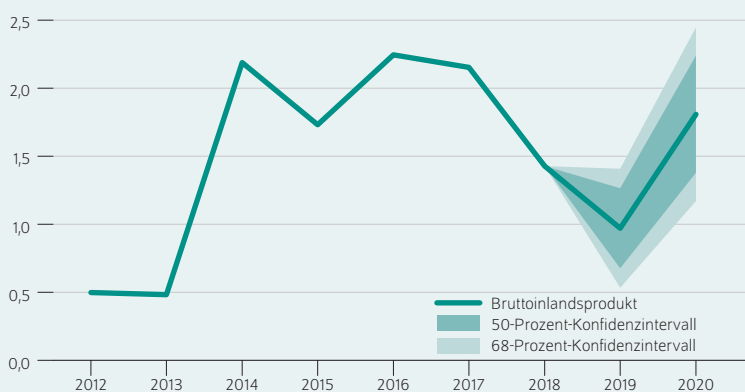
Aber auch die Teuerungsrate ohne die Preise für Energie und Nahrungsmittel, die sogenannte Kernrate, dürfte geringer ausfallen als zuletzt prognostiziert. Dies liegt vor allem an der Revision des Verbraucherpreisindex durch das Statistische Bundesamt – aufgrund der Aktualisierung des Wägungsschemas fällt die Kerninflation ab 2016 (weiter zurückliegende Daten liegen nicht vor) fast durchweg ein bis zwei Zehntel niedriger aus als bisher ausgewiesen. Hinzu kommt, dass durch die mittlerweile deutlich gesunkenen Ölpreise für die Unternehmen auch ein Kostentreiber wegfällt, der ansonsten zu einer höheren Teuerung beigetragen hätte. Angesichts der zusätzlichen Konsumimpulse in diesem Jahr und der zunehmend kräftigen Lohnzuwächse dürfte die Kerninflation aber im Verlauf der nächsten zwei Jahre etwas anziehen. Nach 1,3 Prozent im vergangenen Jahr dürfte die Kernrate in diesem Jahr 1,7 Prozent betragen, im kommenden 1,9 Prozent.

Arbeitsmarkt: Erwerbstätigkeit legt weiter zu

Der Beschäftigungsaufbau hat sich, zuletzt beschleunigt, fortgesetzt. Rückgänge bei der Zahl der Selbständigen und geringfügig Beschäftigter wurden vom Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in nahezu allen Wirtschaftszweigen überkompensiert. Bei der Arbeitnehmerüberlassung (Leiharbeit) wird die Beschäftigung dagegen seit Jahresbeginn 2018 deutlich reduziert. Ähnlich wie etwa im Jahr 2013 könnte dies zunächst als Ausdruck einer wirtschaftlichen Eintrübung interpretiert werden, denn Unternehmen nutzen diese Beschäftigungsform in der Regel, um in Zeiten konjunktureller Schwankungen ihre Belegschaften flexibel anzupassen. Allerdings hat infolge der Änderungen

Abbildung 3

Prognoseunsicherheit für die Vorausschätzung des realen Bruttoinlandsprodukts In Prozent



Quelle: DIW Frühjahrsgroßlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Die Prognoseunsicherheit für das Jahr 2019 umfasst den Bereich von 0,5 bis 1,4 Prozent BIP-Wachstum.

¹ Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, liegt dieses Jahr – gerundet auf eine Nachkommastelle – zwischen 1,4 Prozent und 1,6 Prozent; für das kommende Jahr liegt es zwischen 1,4 Prozent und 2,1 Prozent.

des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes aus dem Jahr 2017 die Leiharbeit für viele Unternehmen an Attraktivität eingebüßt. Dafür spricht, dass spiegelbildlich zum Rückgang der Leiharbeit ab dem Winter 2017 insbesondere das verarbeitende Gewerbe eine deutlich höhere Dynamik beim Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung aufweist (Abbildung 5). Die Arbeitslosigkeit sank – getrieben von der abnehmenden Arbeitslosenzahl im Rechtskreis des zweiten Sozialgesetzbuches – im vierten Quartal 2018 etwas stärker als noch im Vorquartal.

Für das laufende Quartal deuten vorliegende Monatswerte auf einen kräftigen Beschäftigungsaufbau – um gut 150 000 Personen – hin. Frühindikatoren signalisieren eine Fortsetzung des Beschäftigungsaufbaus: So liegt etwa der Zugang von nichtarbeitslosen Arbeitssuchenden aus Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt (dies sind im Normalfall Personen, deren Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis innerhalb der nächsten drei Monate endet) weiterhin auf sehr geringem Niveau. Darüber hinaus sind der Zugang von Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen und -Empfängern sowie deren Bestand zuletzt leicht gesunken.

Die Arbeitszeit je Arbeitnehmerin beziehungsweise Arbeitnehmer dürfte, insbesondere im verarbeitenden Gewerbe und in den konsumnahen Dienstleistungsbereichen, vorübergehend deutlich ausgeweitet werden, da Nachfrageschüben im Sommerhalbjahr zum Teil durch Mehrarbeit begegnet wird. Der Beschäftigungsaufbau wird mit dem sich im Trend abschwächenden Produktionswachstum im weiteren Verlauf jedoch an Schwung verlieren (Abbildung 6). Im jahresdurchschnittlichen Vergleich nimmt die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Jahr um rund 400 000 Personen zu, im kommenden Jahr um rund 250 000 Personen.

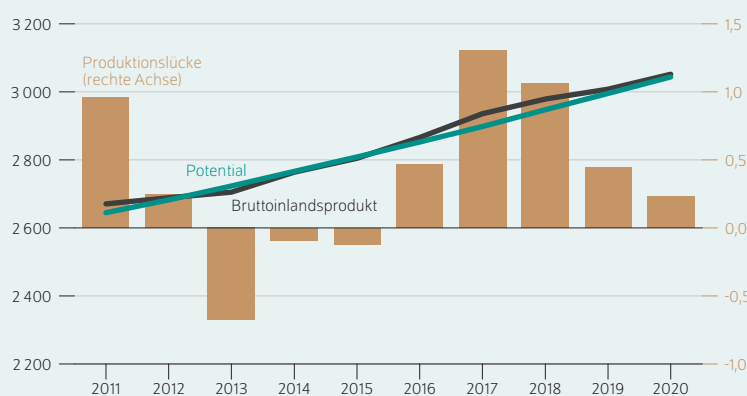
Die Arbeitslosigkeit dürfte weiter abgebaut werden, denn die Nachfrage nach Arbeitskräften ist unvermindert hoch, wie sich etwa am Bestand unbesetzter Stellen sowie an dem Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit ablesen lässt. Die Arbeitslosigkeit sinkt auch deswegen, weil die Arbeitsnachfrage nicht allein durch Migrationsgewinne und eine zunehmende Partizipation der heimischen Bevölkerung am Erwerbsleben gedeckt werden kann. In diesem und im kommenden Jahr machen sich weiterhin demografische Entwicklungen bemerkbar: Stark besetzte Alterskohorten erreichen das Rentenalter und der Trend zum Studium verlängert die Ausbildungszeit der nachwachsenden Generation. Die Zahl der Arbeitslosen beläuft sich in diesem Jahr auf voraussichtlich 2,3 Millionen, im kommenden Jahr auf 2,1 Millionen; dies entspricht Arbeitslosenquoten von 4,8 beziehungsweise 4,5 Prozent (Tabelle 6).²

Die Tariflohnentwicklung (inklusive Sonderzahlungen) schwächt sich ab: In diesem Jahr ist der tarifliche Anstieg mit rund 2,1 Prozent geringer als noch im vergangenen Jahr

Abbildung 4

Bruttoinlandsprodukt (kalenderbereinigt) und Potential beziehungsweise Produktionslücke

In Milliarden Euro beziehungsweise Prozent des Produktionspotentials



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Frühjahrsgrundlinien 2019.

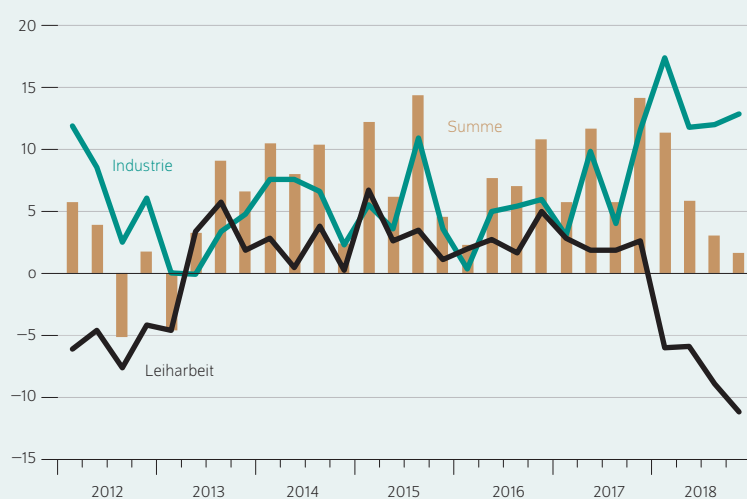
© DIW Berlin 2019

Die Auslastung der Kapazitäten normalisiert sich.

Abbildung 5

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland

Saisonbereinigte Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend



Quellen: Bundesagentur für Arbeit; DIW Frühjahrsgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Während der Bestand der Leiharbeit seit dem Jahreswechsel 2017/2018 sinkt, steigt die Beschäftigung in der Industrie.

² Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, liegt dieses Jahr – gerundet auf eine Nachkommastelle – bei 4,8 Prozent; für das kommende Jahr liegt es zwischen 4,2 Prozent und 4,8 Prozent.

Tabelle 3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,7	2,2	2,2	1,4	1,0	1,8
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	43 071	43 642	44 269	44 838	45 242	45 494
Erwerbslose, ILO	1949	1775	1621	1472	1321	1180
Arbeitslose, BA	2795	2 691	2 533	2 340	2 171	2 044
Erwerbslosenquote, ILO ²	4,6	4,1	3,8	3,4	3,0	2,7
Arbeitslosenquote, BA ²	6,4	6,1	5,7	5,2	4,8	4,5
Verbraucherpreise ³	0,5	0,5	1,5	1,8	1,5	1,7
Lohnstückkosten ⁴	1,8	1,2	1,5	2,6	3,2	1,4
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
in Mrd. Euro	23,9	28,7	34,0	58,0	42,9	37,1
in Prozent des BIP	0,8	0,9	1,0	1,7	1,2	1,0
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	8,9	8,5	8,0	7,4	6,6	6,5

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; DIW Frühjahrsgroßlinien 2019; Prognose ab dem Jahr 2019.

© DIW Berlin 2019

(Tabelle 5); hierbei ist bereits berücksichtigt, dass sich der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst der Länder günstig für die abhängig Beschäftigten auswirkt. Betrachtet man ausschließlich die verhandelte Tariflohnsteigerung um 3,2 Prozent, die für alle Landesbeschäftigten gilt, liegt der Abschluss rund acht Zehntel-Prozentpunkte über den bisher erzielten durchschnittlichen Tarifierhöhungen des laufenden Jahres in der Gesamtwirtschaft.³ In den kommenden Tarifverhandlungen dürften die Arbeitgeber geltend machen, dass sie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit der Wiederherstellung der Parität bei den Beiträgen zur gesetzlichen Krankversicherung bereits zusätzliche Nettoeinkommen finanzieren.

Die effektiv gezahlten Monatslöhne dürften im Zuge der anhaltenden Beschäftigungsgewinne aber kräftig zulegen, im Jahresdurchschnitt 2019 um 3,2 Prozent. Im kommenden Jahr entspannen sich die Knappheitsverhältnisse am Arbeitsmarkt etwas und die Löhne legen mit 2,9 Prozent geringfügig schwächer zu. Hier macht sich auch bemerkbar, dass sich die Struktur der Beschäftigung zu qualifizierten und hochqualifizierten Tätigkeiten verschiebt. Aufgrund der moderaten Teuerung entspricht dies spürbaren Reallohnzuwächsen – in diesem Jahr um 1,7 Prozent, im kommenden Jahr um 1,1 Prozent.

Privater Verbrauch durch Finanzpolitik angeregt

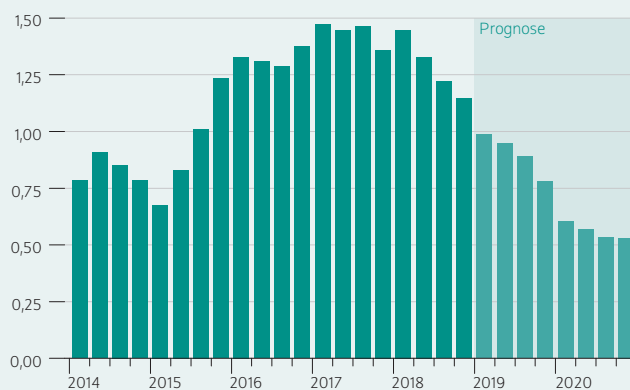
Der private Verbrauch war im vergangenen halben Jahr rückläufig. Ein Grund ist wohl, dass viele potentielle Autokäuferinnen und Autokäufer aufgrund von Zulassungsproblemen

³ Für die Jahre 2019 und 2020 liegen bereits für rund 70 beziehungsweise 30 Prozent der Beschäftigten (in tarifgebundenen Unternehmen) gültige Tarifvereinbarungen vor. Auslaufende Tarifverträge werden im Normalfall nicht nahtlos verlängert. Deswegen liegt der Anteil der ArbeitnehmerInnen mit gültigen Tarifverträgen durchschnittlich bei 83 Prozent.

Abbildung 6

Erwerbstätige

Saisonbereinigte Veränderungsrate gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Frühjahrsgroßlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Im Prognoseverlauf wird weiter Beschäftigung aufgebaut, auch wenn sich die Zuwächse sukzessive abschwächen.

auf Seiten der Hersteller ihre Käufe aufschieben mussten. Das verfügbare Budget wurde auch anderweitig nicht ausgegeben, sondern gespart. Schon im Dezember (neuere Daten liegen noch nicht vor) sind die Umsätze im Kfz-Einzelhandel merklich gestiegen; im Januar verzeichnete auch der übrige Einzelhandel einen deutlichen Umsatzanstieg. Letzteres dürfte auch mit dem Einkommensschub zusammenhängen, der den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufgrund rechtlicher Änderungen ab Jahresbeginn zufließt. Vor allem die Umstellung auf die paritätische Finanzierung des Zusatzbeitrags zur Krankenversicherung schlägt hier

zu Buche. Maßgeblich für die merklichen Einkommenszuwächse bleibt aber die anhaltend dynamische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Im laufenden Jahr dürften die Bruttolöhne und -gehälter in der Summe um 4,4 Prozent steigen. Da der Beschäftigungsaufbau etwas Schwung verliert und auch die Lohnzuwächse leicht nachgeben, fällt die Rate im kommenden Jahr mit 3,6 Prozent geringer aus. Netto fällt der Anstieg in diesem Jahr sogar höher aus als brutto; dies liegt maßgeblich daran, dass die Arbeitgeber mit der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung nun einen zusätzlichen Teil der Sozialbeiträge übernehmen. Hinzu kommen kräftig steigende Sozialleistungen; dieses Jahr wirkt sich die Ausweitung der Mütterrente aus. Die Vermögenseinkommen der Haushalte dürften, auch mit Blick auf die Aktienmarktentwicklung im letzten halben Jahr, im Jahresdurchschnitt 2019 kaum steigen. Auch die Entnahmen werden sich wohl verhalten entwickeln; hier wirken sich die konjunkturelle Abkühlung und die im Rahmen der paritätischen Finanzierung steigenden Kosten aus. Für das kommende Jahr ist an dieser Stelle wieder eine insgesamt höhere Dynamik zu erwarten. Alles in allem werden die verfügbaren Einkommen um 3,4 Prozent in diesem Jahr und um 3,0 Prozent im Jahr 2020 steigen. Zudem ist zuletzt die Sparquote deutlich gestiegen. Auch wenn die Ausgaben für später als ursprünglich geplante Kfz-Käufe aus den zuvor gesparten Einkommen bestritten werden, bleibt die Quote im Jahresdurchschnitt wohl höher als im vergangenen Jahr.

Tabelle 6

Arbeitsmarktbilanz In Millionen Personen

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Erwerbstätige im Inland	42,67	43,07	43,64	44,27	44,84	45,24	45,49
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	4,41	4,36	4,33	4,31	4,22	4,20	4,18
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ¹	30,22	30,86	31,54	32,27	33,00	33,44	33,73
BeamtenInnen, RichterInnen, Zeit- und BerufssoldatInnen	1,85	1,84	1,84	1,84	1,84	1,84	1,84
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	5,03	4,85	4,80	4,74	4,67	4,65	4,63
Sonstige	1,16	1,17	1,13	1,11	1,11	1,11	1,11
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,06	-0,08	-0,09	-0,11	-0,12	-0,12	-0,12
Erwerbstätige Inländer	42,61	42,99	43,55	44,16	44,71	45,12	45,37
Erwerbslose	2,09	1,95	1,78	1,62	1,47	1,32	1,18
Erwerbspersonen	44,70	44,94	45,32	45,78	46,19	46,44	46,55
Nachrichtlich:							
Arbeitslose	2,90	2,79	2,69	2,53	2,34	2,17	2,04
Arbeitslosenquote BA ¹ (Prozent)	6,7	6,4	6,1	5,7	5,2	4,8	4,5
Arbeitslosenquote SGB ² (Prozent)	8,8	8,3	7,9	7,3	6,6	6,1	5,7
Erwerbslosenquote VGR ³ (Prozent)	4,7	4,3	3,9	3,5	3,2	2,8	2,5
Erwerbslosenquote ILO-Statistik (Prozent)	5,0	4,6	4,1	3,8	3,4	3,0	2,7
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	39,74	40,06	41,11	41,49	41,83	42,37	42,62

1 Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

2 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

3 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; DIW Frühjahrsgroßgrundlinien 2019.

Tabelle 4

Annahmen dieser Prognose

	2018	2019	2020
EZB-Leitzins	0,0	0,0	0,13
Geldmarktzins	-0,23	-0,29	-0,24
Kapitalmarktzins	1,12	-1,31	1,36
Kapitalmarktzins	0,46	0,26	0,44
Wechselkurs	1,18	1,13	1,13
Erdölpreis	71,5	63,5	63,8
Erdölpreis	60,6	56,0	56,2

Quelle: DIW Frühjahrsgroßgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Tabelle 5

Lohnentwicklung in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2016	2017	2018	2019	2020
Verdienst					
je ArbeitnehmerIn	2,4	2,5	3,2	3,2	2,9
je Stunde	2,8	2,4	2,7	2,7	2,2
Tariflohn					
je Monat/Stunde (ohne Sonderzahlungen)	2,1	2,9	2,6	2,4	2,0
je Monat/Stunde (inkl. Sonderzahlungen)	2,1	2,5	2,9	2,1	2,0
Lohn drift (ohne Sonderzahlungen)					
Monat	0,4	-0,3	0,6	0,8	0,8
Stunde	0,7	-0,4	0,1	0,2	0,2
Lohn drift (inkl. Sonderzahlungen)					
Monat	0,3	0,0	0,3	1,1	0,9
Stunde	0,7	-0,1	-0,2	0,6	0,2
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,9	1,0	0,4	0,6	-1,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; DIW Frühjahrsgroßgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Tabelle 7

Reale Bauinvestitionen

Konstante Preise, Veränderung in Prozent

	2017	2016	2017	2018	2019	2020
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				
Wohnungsbau	60,8	5,0	3,0	2,9	3,2	3,3
Nichtwohnungsbau	39,2	2,0	2,9	1,6	3,0	2,9
Gewerblicher Bau	27,2	1,3	3,1	0,5	3,0	2,8
Öffentlicher Bau	11,9	3,9	2,4	4,4	3,1	2,9
Bauinvestitionen	100,0	3,8	2,9	2,4	3,2	3,1
Ausrüstungen		2,3	3,7	4,2	3,0	4,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, DIW Frühjahrsgroßgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Tabelle 8

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 1991 bis 2020

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	Nachrichtlich: Zinssteuerquote ²
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen		
1991	43,2	22,0	16,3	46,4	2,6	3,1	-3,2	11,9
1992	44,6	22,4	16,7	47,2	3,1	3,3	-2,6	13,7
1993	44,9	22,3	17,2	48,0	3,1	3,1	-3,1	14,0
1994	45,4	22,4	17,7	47,9	3,2	2,9	-2,5	14,5
1995	45,2	22,0	18,1	48,2	3,4	2,6	-3,0	15,6
1996	45,4	21,8	18,7	48,9	3,4	2,5	-3,5	15,6
1997	45,1	21,5	19,0	48,1	3,3	2,3	-2,9	15,5
1998	45,2	21,9	18,7	47,7	3,3	2,3	-2,5	15,1
1999	46,0	22,9	18,5	47,7	3,0	2,3	-1,7	13,3
2000 ³	45,6	23,2	18,1	47,1	3,1	2,3	-1,5	13,5
2001	43,8	21,4	17,8	46,9	3,0	2,3	-3,1	14,0
2002	43,3	21,0	17,8	47,3	2,9	2,2	-3,9	14,1
2003	43,6	21,1	18,0	47,8	2,9	2,1	-4,2	13,8
2004	42,6	20,6	17,6	46,3	2,8	1,9	-3,7	13,5
2005	42,8	20,8	17,4	46,2	2,7	1,9	-3,4	13,2
2006	43,0	21,6	16,9	44,7	2,7	2,0	-1,7	12,5
2007	43,0	22,4	16,1	42,8	2,7	1,9	0,2	11,9
2008	43,4	22,7	16,1	43,6	2,7	2,1	-0,2	11,8
2009	44,3	22,4	16,9	47,6	2,6	2,4	-3,2	11,8
2010	43,0	21,4	16,5	47,4	2,5	2,3	-4,4	11,6
2011	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	2,3	-1,0	11,4
2012	44,3	22,5	16,5	44,3	2,3	2,2	0,0	10,2
2013	44,5	22,9	16,5	44,7	2,0	2,1	-0,1	8,6
2014	44,6	22,8	16,4	44,1	1,6	2,0	0,6	7,0
2015	44,5	22,9	16,4	43,7	1,4	2,1	0,8	6,1
2016	44,8	23,2	16,6	43,9	1,2	2,2	0,9	5,1
2017	45,0	23,4	16,7	43,9	1,0	2,2	1,0	4,4
2018	45,4	23,6	16,8	43,7	0,9	2,4	1,7	3,9
2019	45,2	23,5	16,9	43,9	0,9	2,4	1,3	3,6
2020	44,9	23,3	16,9	43,9	0,8	2,5	1,1	3,4

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.³ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).

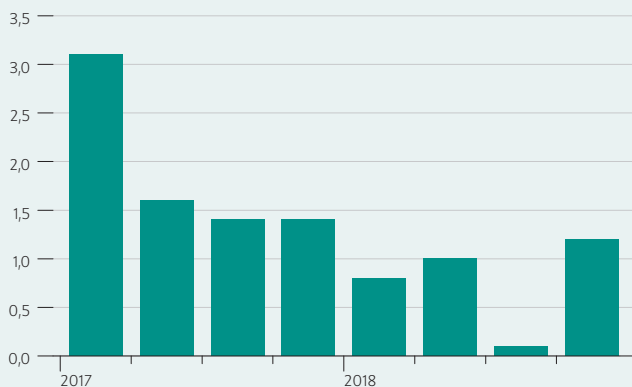
Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium der Finanzen; DIW Frühjahrsgroßgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Abbildung 7

Private Ausrüstungsinvestitionen

Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorquartal in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2019

Nur im dritten Quartal 2018 kam es zu einer Unterbrechung der robusten Dynamik.

Ausrüstungsinvestitionen steigen angesichts hoher Risiken nur verhalten

Nach einem schwachen dritten Quartal hat die Investitionstätigkeit im vierten Quartal wieder zugelegt (Abbildung 7). Die Unternehmen haben hierbei die deutlich gedämpfte Investitionsbereitschaft des Staates mehr als kompensiert. Die Investitionen dürften im weiteren Verlauf diesen Aufwärtstrend fortsetzen, zumal die Geldpolitik weniger restriktiv ausgerichtet sein wird als bislang angekündigt. Insgesamt werden die Zuwächse jedoch verhalten bleiben, denn die Kapazitätsauslastung ist mittlerweile deutlich gesunken und angesichts vielschichtiger Risiken – die sich etwa in erhöhten Werten globaler Unsicherheitsmaße⁴ widerspiegeln – disponieren die Unternehmen vorsichtig. Bei alledem wird aber unterstellt, dass die unmittelbaren Risiken nicht eintreten, es also nicht zu einem unregelmäßigen Brexit kommt und die USA vorerst keine Erhöhung der Zölle auf Kfz beschließen; die Unsicherheit über den Fortgang beider Entwicklungen bleibt aber bestehen. Im Verlauf dieses Jahres dürften zudem diejenigen Unternehmen ihren Fuhrpark ausweiten, die dies im vergangenen Jahr aufgrund der seitens der Hersteller fehlenden Zertifizierungen noch aufschieben mussten.

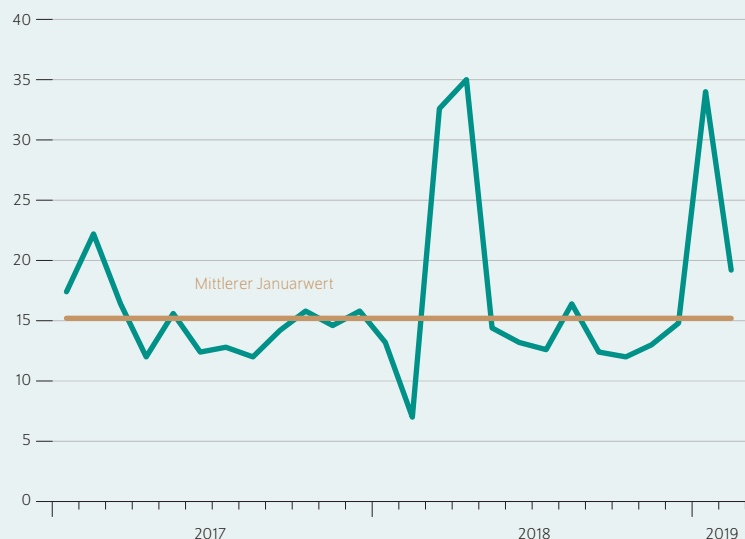
Anhaltende Hochkonjunktur im Baugewerbe

Die Bauinvestitionen haben auch im vierten Quartal kräftig zugelegt. Zwar haben die deutlich rückläufigen staatlichen Bauinvestitionen dämpfend gewirkt; der Wohnungsbau,

Abbildung 8

Wohnungsbauunternehmen, die witterungsbedingte Produktionshemmnisse beklagen

Saisonbereinigter Saldo der Unternehmensangaben in Prozentpunkten (Hoher Wert = starke Beeinträchtigung)



Quelle: ifo Institut.

© DIW Berlin 2019

In den vergangenen Monaten haben widrige Witterungsverhältnisse den Wohnungsbau gebremst.

insbesondere aber der gewerbliche Bau expandierten jedoch stark. Die dynamische Baukonjunktur wird im Prognosezeitraum angesichts prall gefüllter Auftragsbücher wohl noch weiter anhalten, auch wenn sich die Stimmung der Bauunternehmen leicht eingetrübt hat.

Die Wohnungsbauinvestitionen entwickeln sich weiterhin rege (Tabelle 7), gestützt durch anhaltend niedrige, zum Jahresende sogar leicht gesunkene Zinsen auf neu vergebene Wohnungsbaukredite und die kräftig steigenden Einkommen der privaten Haushalte. Einzig zum Jahresbeginn kam es zu witterungsbedingten Beeinträchtigungen (Abbildung 8). Im weiteren Verlauf ist mit einer ähnlichen Entwicklung zu rechnen. Leicht eingetrübte Erwartungen bezüglich der Geschäftslage seitens der Bauunternehmen sowie weniger günstige Finanzierungsbedingungen deuten auf eine geringe Verlangsamung hin. Der Anteil an Firmen, die einen Materialmangel beklagen, ist hingegen zuletzt leicht gesunken. Die zunehmende Auslastung auf dem Arbeitsmarkt und die damit verbundenen Schwierigkeiten, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden, wirken allerdings dämpfend.

Der Wirtschaftsbau dürfte, nach einem außergewöhnlich starken vierten Quartal 2018, ähnlich wie die Ausrüstungsinvestitionen nur verhalten expandieren. Das Tempo wird sich wohl weiter verlangsamen. Hierauf deutet die leicht rückläufige Anzahl an Baugenehmigungen sowohl bei den Büro- und Verwaltungsgebäuden als auch bei den Handels- und

⁴ Vgl. Economic Policy Uncertainty: Economic Policy Uncertainty Index (online verfügbar; abgerufen am 11. März 2019). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt.

Kasten 2

Prognosemodelle

Um eine modellbasierte Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung am aktuellen Rand für jede Verwendungskomponente des Bruttoinlandsprodukts zu erstellen, sollte möglichst vielen relevanten Einflussfaktoren Rechnung getragen werden. Aus diesem Grund übersteigt in der Praxis die Zahl der vorliegenden Indikatorvariablen für die jeweilige Verwendungskomponente bei weitem die Anzahl der Variablen, die aus statistischen Gründen in traditionelle Eingleichungsmodelle aufgenommen werden können. Die Prognosen des DIW Berlin beruhen deshalb auf den Vorhersagen aus zwei Modellklassen, die durch die Möglichkeit zur Aufnahme einer hohen Anzahl erklärender Variablen charakterisiert sind. Einerseits kommen Faktormodelle zur Prognose der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts zur Anwendung. Andererseits werden die Verwendungskomponenten mit sogenannten Model-Averaging-Ansätzen prognostiziert.¹

Für das **Bruttoinlandsprodukt** zeichnet sich ein schwacher Jahresauftakt ab, der zwischen 0,1 und 0,4 Prozent liegen dürfte. Insbesondere die Signale aus der Industrie sind schwach: Die Auftragseingänge sind zwar im vergangenen Quartal wieder gestiegen, im Januar waren sie aber wieder rückläufig; und auch die Industrieproduktion lag zuletzt ein Prozent unter dem Niveau des Vorquartals.

Der **private Verbrauch** dürfte dagegen merklich zulegen, um 0,4 bis 0,5 Prozent. Neben den fiskalischen Einkommensschüben profitiert er von der geringen Teuerung, den spürbar steigenden Arbeitseinkommen und zuvor zur Seite gelegten Ersparnissen – möglicherweise aufgrund verschobener Fahrzeugkäufe. Die Umsätze im Kfz-Einzelhandel sind zumindest zuletzt in die Höhe geschneilt und auch die realen Einzelhandelsumsätze sind kräftig in das laufende Quartal gestartet.

Die **Exporte** werden wohl verhalten expandieren: Die Warenausfuhr in Abgrenzung des preisbereinigten Spezialhandels für den Monat Januar verzeichnete nur einen leichten Anstieg – damit liegt sie 1,4 Prozent über dem Niveau des Schlussquartals. Die Auftragseingänge aus dem Ausland (ohne Großaufträge) befinden sich weiterhin nahe der Höchststände aus dem Vorjahr. Andererseits belasten eine Reihe von Unwägbarkeiten: etwa der Zeitpunkt sowie die Ausgestaltung des Brexit oder der Zollkonflikt der USA mit China beziehungsweise der Europäischen Union. Auch die chinesische Wirtschaft entwickelt sich weniger schwungvoll. Diese Faktoren spiegeln sich etwa in deutlichen Rückgängen des ifo-Auftragsbestands und in den ifo-Exporterwartungen der exportierenden Unternehmen im Durchschnitt der Monate Januar und Februar gegenüber dem Vorquartal wider.

Die **Importe** dürften im ersten Quartal weitaus kräftiger ausgeweitet werden als die Exporte. Zwar deutet nur eine Minderheit der Verteilung des Modell-Averaging-Ansatzes auf einen Anstieg der

Einfuhren um über ein Prozent hin (der gewichtete Durchschnitt liegt bei etwa 0,9 Prozent). Jedoch dürften die zu erwartenden Impulse des privaten Konsums – etwa durch die Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags oder die paritätische Finanzierung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung – zu Jahresbeginn auch einen höheren Zuwachs der Importe nach sich ziehen. Dafür spricht auch, dass die preisbereinigte Wareneinfuhr in der Abgrenzung des Spezialhandels im Januar ein deutliches Plus verzeichnete und um knapp drei Prozent höher liegt als im Durchschnitt des Vorquartals.

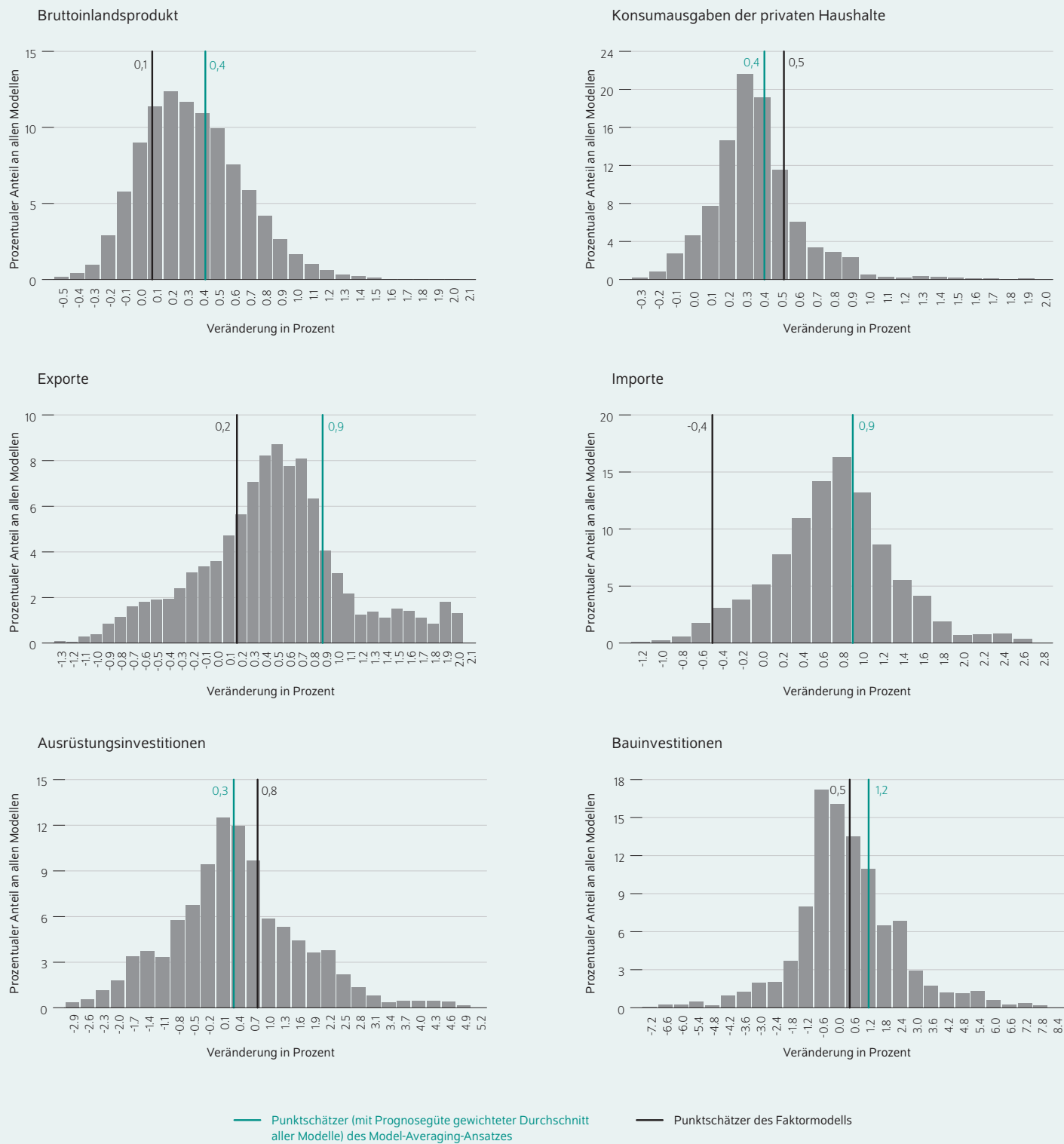
Die **Ausrüstungsinvestitionen** dürften mit gedrosseltem Tempo expandieren. Die Stimmung unter den Investitionsgüterherstellern hat sich deutlich eingetrübt. Dies gilt sowohl für die derzeitige Geschäftslage als auch für die Erwartungen. Die Umsätze der Investitionsgüterhersteller stagnierten zum Jahresanfang, während die Fahrzeugbauer zuletzt ihre Umsätze wieder leicht steigern konnten. Die Anzahl neuer Aufträge der Investitionsgüterhersteller aus dem Inland war niedriger als zuvor.

Die **Bauinvestitionen** werden im ersten Quartal wohl weiter expandieren. Zwar hat sich die Stimmung unter den Bauunternehmen leicht eingetrübt. Hohe Auftragsbestände, zum Jahresende stark gestiegene Auftragseingänge sowie eine leicht gestiegene Produktion deuten jedoch auf einen anhaltend starken Aufwärtstrend hin.

¹ Für eine Erläuterung vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2017): Deutsche Wirtschaft in Wohlfühlkonjunktur. DIW Wochenbericht Nr. 24, 475-485 (online verfügbar).

Abbildung

Histogramme der Model-Averaging-Ansätze und Punktschätzer



Quelle: DIW Frühjahrsgroßgrundlinien 2019.

Kasten 3

Folgen eines harten Brexit für den deutschen Außenhandel

Die Ausgestaltung der zukünftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich ist weiterhin unklar. So liegen auch nach der am 12. März getroffenen Entscheidung des britischen Parlaments, das mit der EU ausgehandelte Abkommen erneut abzulehnen, verschiedene Optionen auf dem Tisch (Stand 13. März, 15 Uhr): Ein Austritt Ende März ohne Abkommen, ein Austritt zu einem späteren Zeitpunkt mit oder ohne nachverhandeltem Abkommen oder gar eine erneute Abstimmung über den Brexit.¹

¹ Für ein zweites Referendum zeichnet sich jedoch trotz der zuletzt seitens des Oppositionsführers vage angekündigten Unterstützung bisher keine breite Mehrheit ab.

Als wahrscheinlich gilt, dass das britische Unterhaus am 14. März für eine Verschiebung des Brexit-Termins stimmen wird, wodurch weitere Spielräume für Verhandlungen eröffnet würden. An deren Ende soll dann ein für alle Verhandlungsseiten akzeptables Abkommen stehen. Eine solche Vereinbarung dürfte in jedem Fall eine mindestens zweijährige Übergangsphase im Anschluss an den EU-Austritt vorsehen. Somit bliebe die der Prognose zugrundeliegende Annahme unveränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen auch im Falle einer Verschiebung des Austrittstermins – vorausgesetzt, dass es dann zu einer Einigung bis zum neuen Austrittstermin kommt – bestehen.

Tabelle 9

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2018

	2019	2020
Einnahmen der Gebietskörperschaften		
Alterseinkünftegesetz	–1,4	–2,8
Erhöhung von Kindergeld, Grund- und Kinderfreibetrag 2017 und 2018, Verschiebung der Tarifeckwerte	–0,4	–0,5
Altkapitalerstattungen 2008 und 2009c	0,1	0,1
Erhöhung des Grundfreibetrags	–1,0	–2,9
Erhöhung der Kinderfreibeträge 2019 und 2020		
Tarifverschiebung 2019 und 2020	–2,0	–4,2
Steuerliche Förderung von F&E-Ausgaben	–0,6	–1,1
LKW-Maut (Ausweitung auf alle Bundesstraßen und Anhebung der Mauttarife zum 1. Januar 2019)	1,8	1,9
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte zum 1. Januar 2019	7,0	7,2
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte im Jahr 2019	–5,9	–6,1
Ausweitung der Gleitzone bei Midijobs zum 1. Januar 2019	–0,5	–0,5
Änderung der Bemessungsgrundlage von Selbstständigen in der gesetzlichen Krankenversicherung	–0,8	–0,8
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Parität beim Zusatzbeitrag zur GKV: Beschäftigte im Öffentlichen Dienst	–0,9	–0,9
Ausbau der Kinderbetreuung	–0,5	–1,0
Baukindergeld	–0,3	–0,7
Starke-Familien-Gesetz	–0,2	–0,9
Erhöhung des Kindergeldes um 10 Euro/Monat ab dem 1. Juli 2019	–0,9	–1,7
Aufstockung des BAFöG	–0,4	–0,9
Ausstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung	–0,1	–0,1
Zusätzliche Mittel für die Eingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt	–0,6	–0,7
Familiengeld in Bayern	–0,5	–0,5
Verteidigung	–3,0	–4,0
Mehrausgaben für Entwicklungshilfe	–0,5	–1,1
Mehrpersonal innere Sicherheit	–0,3	–0,6
Gute-KiTA-Gesetz	–0,5	–1,0
Zusätzliche investive Ausgaben ²	–1,2	–2,5
Ausgaben der Sozialversicherungen		
Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung	–0,7	–0,8
Mütterrente II	–3,8	–3,9
Parität beim Zusatzbeitrag zur GKV: Beiträge der Rentenversicherung zur Krankenversicherung der RentnerInnen	–1,3	
Pflegepersonalstärkungsgesetz	–1,4	–1,7
Grundrente		–1,2
Insgesamt	–20,7	–34,0
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	–0,6	–0,9

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

² Fonds für Breitbandausbau, Digitalpakt, Investitionsprogramm zur Mikroelektronik, Investitionspakt für sozialen Zusammenhalt, Förderung des Breitbandausbaus, Wohnbauförderung, Rückführung von Flüchtlingemaßnahmen, Kaufbonus E-Mobilität, Gemeindeverkehrsfinanzierung, Regionale Strukturpolitik, Förderung ländlicher Räume

Quelle: Bundesregierung; DIW Frühjahrsgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass das Vereinigte Königreich die Europäische Union auch zu einem späteren Zeitpunkt ohne Austrittsabkommen verlässt. Ein solcher „harter“ Brexit würde die wirtschaftliche Entwicklung im Vereinigten Königreich vermutlich massiv beeinträchtigen. Dies dürfte sich auch auf den deutschen Außenhandel auswirken, da insbesondere der Güterverkehr von den dann in Kraft tretenden verschärften Zollbestimmungen und Verzögerungen beim Grenzübertritt betroffen wäre. Im Folgenden wird untersucht, wie stark ein Rückgang der Exporte ins Vereinigte Königreich im Zuge eines Austritts ohne Handelsabkommen die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland direkt beeinträchtigen würde.²

Hierbei wird unterstellt, dass ein harter Brexit einen Rückgang der britischen Importe von etwa sechs Prozent in diesem und neun Prozent im kommenden Jahr nach sich ziehen würde. Diese Werte beruhen auf einer Szenarioanalyse des National Institute of Economic and Social Research (NIESR), die mit Hilfe des dort entwickelten NiGEM-Modells durchgeführt wurde.³ Diese Simulationen ermöglichen eine detaillierte Analyse der Entwicklung der britischen Wirtschaft sowohl im Falle eines geregelten EU-Austritts als auch im Falle eines harten Brexit. Hierbei wurde unterstellt, dass ein solcher Schritt politische Reaktionen hervorrufen dürfte. So wurde unter anderem angenommen, dass ein Ausscheiden ohne Abkommen expansive Maßnahmen der Geld- und Finanzpolitik nach sich ziehen dürfte, um die negativen Effekte eines harten Brexit teilweise zu kompensieren.⁴ Basierend auf der in der ursprünglichen Studie ermittelten Abweichung der britischen Importe vom Basiszenario kann der Effekt eines harten Brexit auf die deutschen Ausfuhren ins Vereinigte Königreich ermittelt werden.

Den mit Abstand größten Teil der deutschen Ausfuhren ins Vereinigte Königreich nimmt der Fahrzeugbau ein (Abbildung), gefolgt von Maschinen und Maschinengeräten. Diese industriellastigen Gütergruppen machen bereits rund 50 Prozent der Ausfuhren dorthin aus. Das Vereinigte Königreich ist einer der wichtigsten Handelspartner Deutschlands: Von den gesamten Ausfuhren gehen rund sechs Prozent in das Vereinigte Königreich, von den Fahrzeugausfuhren sind es sogar zehn Prozent.

² Neben dem hier betrachteten Exportkanal dürfte ein harter Brexit die deutsche Wirtschaft auch auf andere Weise beeinträchtigen. So könnte ein Rückgang der Importe, etwa von Vor- und Zwischenprodukten, die Produktion belasten. Auch die mit dem Ausscheiden aus dem Binnenmarkt mögliche Beeinträchtigung der Arbeitnehmerfreizügigkeit zwischen beiden Wirtschaftsräumen stellt ein Risiko für die deutsche Wirtschaft dar. Allerdings sollen nach jüngstem Verhandlungsstand die im derzeit vorliegenden Abkommen vereinbarten Rechte für EU-BürgerInnen in Großbritannien auch im Falle eines Austritts ohne Abkommen gelten.

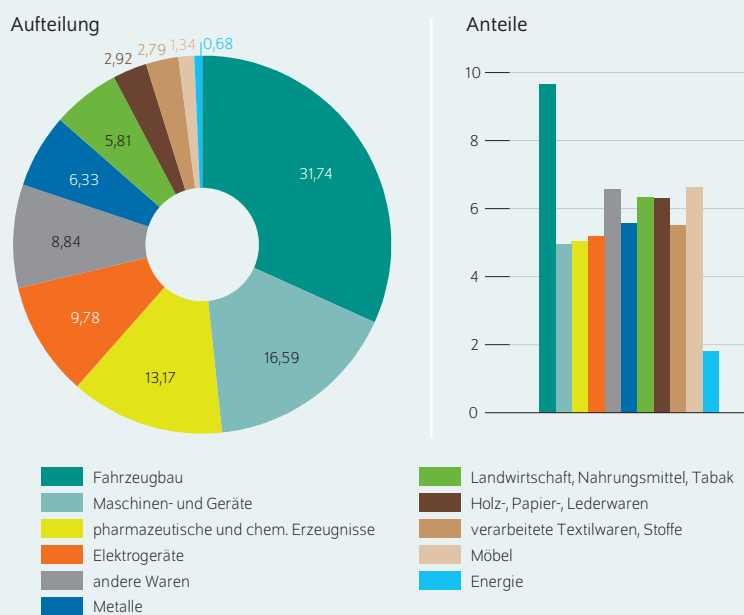
³ Vgl. Arno Hantzsche, Amit Kara und Garry Young (2019): Prospects for the UK Economy. National Institute Economic Review (247), February (online verfügbar).

⁴ Für eine detaillierte Übersicht über die der Analyse zugrundeliegenden Annahmen vgl. Box A in Hantzsche, Kara und Young (2019), a. a. O.

Abbildung

Deutsche Warenausfuhren in das Vereinigte Königreich nach Gütergruppen

Aufteilung (links) und Anteile des Vereinigten Königreichs an den Warenausfuhren (rechts) in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2019

Insbesondere industriellastige Güter werden aus Deutschland in das Vereinigte Königreich exportiert.

Ausgehend von der NIESR-Szenarioanalyse lassen sich die infolge eines harten Brexit sinkenden Importe des Vereinigten Königreichs entsprechend ihres Anteils an den deutschen Exporten umlegen, um einen direkten Effekt auf den deutschen Außenhandel abzuschätzen. Das NIESR rechnet mit einer Verringerung der gesamten britischen Importe von etwa sechs Prozent im Jahr 2019 und rund neun Prozent im Jahr 2020. Dies überträgt sich auf um 0,4 Prozent geringere deutsche Exporte im Jahr 2019 und um knapp 0,6 Prozent im Jahr 2020. Dabei handelt es sich um eine zurückhaltende Berechnung, denn sie beinhaltet nur die direkten Effekte unter der Annahme, dass alle Importgüter gleichmäßig betroffen sind. Werden Industrien wie der Fahrzeugbau stärker betroffen, ergäbe sich eine deutlichere Rückwirkung auf die deutschen Exporte. Des Weiteren sind negative Effekte auf andere Länder nicht berücksichtigt, die ihrerseits eine geringere Nachfrage nach deutschen Produktion zur Folge haben würden.

Tabelle 10

Mittelfristprojektion: Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

	Erwerbstätige (Inland)	beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				insgesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigenstunde		
	in Millionen	in Millionen	in Stunden	in Milliarden Euro	in Euro	in Euro	in Milliarden Euro	2010 = 100
2013	42 319	37 853	1 363	2 701	63 818	47	2 826	105
2018	44 838	40 619	1 363	2 974	66 334	49	3 386	114
2023	45 385	41 274	1 369	3 161	69 650	51	3 937	125
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2018/2013	1,16	1,42	0,00	1,95	0,78	0,78	3,68	1,70
2023/2018 ¹	0	1/2	0	1	1	1	3	2

1 In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf 1/4-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Frühjahrsgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Lagegebäuden hin. Die öffentlichen Auftraggeber haben angekündigt, ihre Bauaktivitäten auszuweiten. Der Koalitionsvertrag sieht investive Maßnahmen vor, unter anderem beim Neu- und Ausbau von Kindertagesstätten sowie der Wohnungsbauförderung. Daher ist zu erwarten, dass der öffentliche Bau auch im weiteren Prognoseverlauf kräftig zulegt.

Die Baupreise dürften weiterhin mit hohem Tempo steigen. Dafür sprechen die Kosten für Material und die durch zunehmende Knappheiten getriebenen Arbeitskosten. Etwas entlasten dürften die zuletzt geringeren Energiepreise.

Deutsche Exporte von schwächerer Weltkonjunktur besonders betroffen

Die Impulse von der Auslandsnachfrage fallen etwas schwächer aus: Zwar entwickeln sich die Importe der meisten

Abnehmerländer mit nur etwas geringeren Raten als zuvor, hiervon profitieren die deutschen Exporteure jedoch nur unterdurchschnittlich: Denn der Welthandel wird zunehmend durch die vielerorts robusten Konsumzuwächse getragen, die für die deutsche Exportwirtschaft bedeutsameren Investitionsgüter werden dagegen nur verhalten nachgefragt. Dies hängt zum Teil auch damit zusammen, dass die Unsicherheit aufgrund der schwelenden Handelskonflikte der USA mit China und der EU sowie der bevorstehende Brexit (Kasten 3) die globale Investitionsdynamik belasten. Allerdings dürften die zuletzt ausgebliebenen Kfz-Ausfuhren in die übrigen EU-Länder teilweise nachgeholt werden: Die Nachfrage nach deutschen Fahrzeugen ist nach wie vor hoch – nur aufgrund vorübergehend fehlender Zertifikate wurden die Exporte aufgeschoben.

Die Importe entwickeln sich in der Tendenz ähnlich gedämpft wie die Exporte, werden aber von dem kräftigen privaten Verbrauch in den ersten Quartalen des Jahres deutlich angeschoßen. Alles in allem steigen die Importe aber schneller als die Exporte. Trotz der geringeren Kosten für importierte Energieträger sinkt deswegen der Überschuss der Leistungsbilanz in diesem Jahr auf 6,6 Prozent; im kommenden Jahr geht er zusätzlich leicht zurück, auf dann 6,5 Prozent.

Die Importpreise sinken infolge der gefallen Rohölpreise in der ersten Jahreshälfte 2019, was zu einer Verbesserung der Terms of Trade führt; danach laufen diese Effekte langsam aus.

Finanzierungssaldo weiterhin positiv, aber expansive Maßnahmen und schwächere Gewinnsteuerzuwächse dämpfen

Im Jahr 2018 erzielte der Staat mit 58 Milliarden Euro den höchsten Finanzierungsüberschuss seit der Wiedervereinigung. Bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt ergab sich eine Überschussquote von 1,7 Prozent (Tabelle 8). Wesentliche Ursache dafür war vor allem die gute konjunkturelle Entwicklung, die zu anhaltend hohen Einnahmen aus

Tabelle 11

Mittelfristprojektion: Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Bruttoinlands- produkt	Konsumausgaben		Brutto- investitionen	Außenbeitrag
		private Haushalte	Staat		
in Milliarden Euro					
2013	2 826,2	1563,5	542,9	551,5	168,4
2018	3 386,0	1776,7	662,2	717,9	229,2
2023	3 937	2 044,1	806,7	865,1	220,9
Anteile am BIP					
2013	100	55,3	19,2	19,5	6,0
2018	100	52,5	19,6	21,2	6,8
2023	100	52	20	22	6
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent					
2018/2013	3,7	2,6	4,1	5,4	–
2023/2018¹	3	3	4	4	–

1 In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf 1/4-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Frühjahrsgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Steuern und Sozialbeiträgen führte. Gleichzeitig wurden die Ausgaben im Zuge der verzögerten Regierungsbildung und von Sondereffekten nur leicht erhöht. Alles in allem dürfte damit die Schuldenstandsquote Deutschlands mittlerweile in etwa dem von der EU in den Maastricht-Kriterien festgelegten 60-Prozent-Wert entsprechen.

Im Prognosezeitraum wird der Finanzierungssaldo weiterhin positiv bleiben, denn der Staat dürfte trotz einer etwas schwächeren wirtschaftlichen Grunddynamik sowie der bereits berücksichtigten und geplanten expansiv wirkenden Maßnahmen des Koalitionsvertrages weiterhin deutliche Überschüsse generieren. Allerdings wird das Plus etwas sinken – auf rund 43 Milliarden Euro in diesem Jahr (beziehungsweise 1,2 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt) und 38 Milliarden Euro im Jahr 2020 (beziehungsweise 1,0 Prozent). Bereinigt um konjunkturelle Effekte liegt der strukturelle Finanzierungssaldo in Relation zum Produktionspotential bei 1,2 Prozent im laufenden Jahr und bei 1,0 im Jahr 2020.

Auf der Einnahmeseite werden die Zuflüsse aus der Gewinn- und Umsatzsteuer infolge der schwächeren Produktionsdynamik deutlich schwächer steigen als noch zuletzt. Die Lohnsteuereinnahmen werden zwar in den beiden kommenden Jahren durch die Anhebung der Grund- und Kinderfreibeträge sowie eine Verschiebung der Tarifeckwerte leicht gedämpft. Allerdings steigen sie alles in allem weiterhin kräftig, denn es gibt derzeit wenig Anzeichen, dass der Beschäftigungsaufbau und die Lohndynamik im Prognosezeitraum substanziell unterbrochen werden. Die Sozialbeiträge werden von verschiedenen – sich teilweise kompensierenden – Effekten beeinflusst: Im laufenden Jahr steht der Beitragssatzsenkung bei der Arbeitslosenversicherung ein entsprechender Anstieg in der Pflegeversicherung gegenüber. Gleichzeitig reduziert sich der Mindestbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung für Selbstständige. Die staatlichen Vermögenseinkommen werden im laufenden Jahr aufgrund der erhöhten Abführung der Bundesbank zunehmen. Abzuwarten bleibt, wann und wieviel die Verkäufe der 5G-Mobilfunklizenzen tatsächlich einbringen werden, denn entgegen den ursprünglich im Koalitionsvertrag veranschlagten zwölf Milliarden dürfte die Bietersumme deutlich geringer ausfallen; zudem ist mit Verzögerungen bei der Versteigerung zu rechnen. Insgesamt werden die staatlichen Einnahmen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in den kommenden beiden Jahren leicht abnehmen.

Auf der Ausgabenseite werden die Arbeitnehmerentgelte des Staates aufgrund von Tariflohnsteigerungen und des Beschäftigungsaufbaus weiter deutlich expandieren, die sozialen Sachleistungen in der Summe dagegen vergleichsweise moderat: Der Leistungsausweitung in der Pflegeversicherung stehen rückläufige Ausgaben aufgrund der abnehmenden Effekte bei der Fluchtmigration gegenüber. Die monetären Sozialleistungen werden im laufenden Jahr infolge von Leistungsausweitungen wie der Erweiterung der Mütterrente und der Erhöhung des Kindergeldes ansteigen. Ab dem Jahr 2020 wird der Abrechnungszeitraum für Arbeitslosengeld I

verlängert, wodurch mehr Menschen einen Anspruch darauf erwerben. Außerdem wird davon ausgegangen, dass eine Form der derzeit diskutierten Grundrente im Jahr 2020 umgesetzt wird. Die staatlichen Bruttoinvestitionen werden wohl infolge diverser Maßnahmenpakete, wie der KI-Strategie, dem Digitalpakt und dem Breitbandausbau, dynamisch zunehmen. Entscheidend für die weitere Entwicklung der staatlichen Ausgaben dürfte auch die Geldpolitik der EZB sein: Da die Europäische Zentralbank – wie zuletzt angekündigt – auch über das Jahr 2020 hinaus an ihrer Niedrigzinspolitik festhält, dürften sich die Zinsausgaben weiterhin auf einem niedrigen Niveau von unter einem Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts bewegen. In diesem Fall würde die staatliche Ausgabenquote im Prognosezeitraum wohl weiterhin nur moderat steigen (Tabelle 9).

Mittelfristprojektion

Über den gesamten Projektionszeitraum hinweg folgt die weltwirtschaftliche Entwicklung dem Trend zum Ende der kurzen Frist. Die entwickelten Volkswirtschaften wachsen um 1,6 Prozent pro Jahr und die Schwellenländer um 4,9 Prozent. Ölpreis und Dollar-Euro-Wechselkurs verharren über den gesamten Projektionszeitraum bei den für Ende 2020 unterstellten Werten. Der Ölpreis beträgt demnach 63,8 Dollar pro Barrel, der Wechselkurs 1,13 US-Dollar pro Euro.

Angenommen wird, dass die Europäische Zentralbank den Restriktionsgrad der Geldpolitik ab 2021 erhöht. Damit dürften die Zinsen in Deutschland bis 2023 dem leicht aufwärtsgerichteten Trend zum Ende der kurzen Frist folgen. Die Finanzpolitik in Deutschland dürfte in der mittleren Frist expansiv bleiben. Neben den bereits in der kurzen Frist berücksichtigten Maßnahmen des Koalitionsvertrages könnte in der mittleren Frist insbesondere der für 2021 geplante erste Schritt zur Abschaffung des Solidaritätszuschlages einen zusätzlichen Konjunkturimpuls in Höhe von bis zu zehn Milliarden Euro liefern.

Die Produktionslücke schließt sich bis 2023. Die Potentialwachstumsrate liegt im Projektionszeitraum bei jahresdurchschnittlich 1,4 Prozent (Kasten 4), dürfte jedoch demografisch bedingt zum Ende des Zeitraums um 0,4 Prozentpunkte niedriger sein.

Das Erwerbspersonenpotential nimmt in Folge der natürlichen Bevölkerungsentwicklung schon seit längerem ab. Trotzdem wird zu Beginn der mittleren Frist weiter Beschäftigung aufgebaut. Dies gelingt nur deshalb, weil jahresdurchschnittlich per Saldo rund 275 000 Personen – insbesondere aus Ländern der EU – auf den Arbeitsmarkt kommen. Die Erwerbsbeteiligung, die bisher einen großen Beitrag zum Anstieg der Zahl der Erwerbspersonen leistete, wird in der mittleren Frist aufgrund des Alterskompositionseffekts allerdings stagnieren (Tabelle 10). Die strukturelle Erwerbslosenquote wird zwar bis zum Ende des Projektionszeitraums auf einem niedrigen Niveau bleiben, aber nicht mehr ganz so stark sinken wie in der kurzen Frist. All das zusammen genommen führt dazu, dass sich der Beschäftigungsaufbau

Kasten 4

Produktionspotential

Die Berechnung des Produktionspotentials beruht auf dem Verfahren, das von der Europäischen Kommission vorgeschrieben wird.¹ Dieses basiert auf einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit den Einsatzfaktoren Arbeitsvolumen, Kapitalstock und der totalen Faktorproduktivität (TFP). Absehbare demografische Struktureffekte werden berücksichtigt, indem die Entwicklung der Komponenten des Arbeitsvolumens für unterschiedliche Alterskohorten fortgeschrieben, geglättet und anschließend mit den Altersanteilen zu einer gesamtwirtschaftlichen Komponente aggregiert werden.

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird im Wesentlichen anhand der im März 2017 aktualisierten Bevölkerungsprojektion (Variante 2-A) fortgeschrieben. Diese wurde vor dem Hintergrund der hohen Zuwanderung angepasst. Der Wanderungssaldo für das Jahr 2017 betrug 416 000 Personen, gut 231 000 Personen davon sind per saldo aus EU-Ländern, insbesondere den osteuropäischen, gekommen.² Die Nettozuwanderung aus Drittstaaten lag bei rund 185 000 Personen, die Hälfte davon kam aus den acht wichtigsten Fluchtherkunftsländern. Die ersten amtlichen Schätzungen gehen davon aus, dass der Wanderungssaldo im Jahr 2018 zwischen 340 000 und 380 000 Personen gelegen haben dürfte.³ Angenommen wird, dass der Saldo bis zum Jahr 2023 weiter zurückgehen wird, aufgrund der attraktiven Arbeitsmarktsituation in Deutschland aber mit rund 275 000 Personen oberhalb des Wertes der Bevölkerungsvorausberechnung bleibt. Für den Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung bei den Erwerbszuwanderern und den Nicht-Erwerbszuwanderern wird der aktuelle Wert aus dem Ausländerzentralregister angesetzt.⁴ Insgesamt können die positiven Wanderungssalden allerdings den altersbedingten Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung bis 2023 nur teilweise kompensieren.

¹ Für eine ausführliche Beschreibung dieser Methode siehe Karel Havik et al. (2010): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. Europäische Kommission in ihrer Reihe European Economy – Economic Papers Nummer 420.

² Vgl. Marius Clemens und Janine Hart (2018): EU-Zuwanderung hat das Wirtschaftswachstum in Deutschland erhöht. DIW Wochenbericht Nr. 44, 955–963 (online verfügbar).

³ Vgl. Statistisches Bundesamt: Schätzung für 2018: Bevölkerungszahl auf 83,0 Millionen gestiegen. Pressemitteilung Nr. 029 vom 25.01.2019 (online verfügbar).

⁴ Nahezu 90 Prozent der EU-Zuwanderer sind im erwerbsfähigen Alter. Allerdings ist der Anteil der Erwerbsauswanderer im erwerbsfähigen Alter mit rund 95 Prozent noch höher. Bei der Nicht-Erwerbszuwanderung beträgt der Anteil 71 Prozent. Vgl. Statistisches Bundesamt (2018): Fachserie 1, Reihe 2. Ausländische Bevölkerung – Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2017.

Entwicklung der trendmäßigen Partizipationsquote

Die Partizipationsquote wird getrennt für Geflüchtete und die übrige Bevölkerung geschätzt. Für Geflüchtete ergibt sie sich aus einem kalibrierten Suchmodell. Die Partizipationsquote der übrigen Erwerbsbevölkerung wird in der mittleren Frist mit Hilfe eines Alterskohortenmodells für Fünf-Jahres-Altersgruppen getrennt nach Geschlecht und Herkunft fortgeschrieben. Die trendmäßige Partizipationsquote der gesamten Bevölkerung wird anschließend als gewichteter Durchschnitt der trendmäßigen Partizipationsquoten für Geflüchtete und der übrigen Bevölkerung berechnet. Sie steigt von gut 74 Prozent im Jahr 2018 mit einer abnehmenden Zuwachsrate um rund dreiviertel Prozentpunkte bis 2021 an. Zum Ende des Projektionszeitraumes geht sie dann leicht zurück.

Entwicklung der natürlichen Erwerbslosenquote (NAWRU)

Die NAWRU im Projektionszeitraum ergibt sich als gewichteter Durchschnitt der natürlichen Erwerbslosenquoten für Geflüchtete und der übrigen Bevölkerung. Für die Geflüchteten wird sie ähnlich wie die Partizipationsquote aus dem Suchmodell abgeleitet. Die natürliche Erwerbslosenquote der übrigen Bevölkerung ergibt sich als Trend der Erwerbslosenquote, die über die Mittelfrist konstant ist. Die strukturelle Erwerbslosenquote liegt im Jahr 2018 bei 3,5 Prozent und geht bis 2023 auf 2,6 Prozent zurück. Ein Grund hierfür ist nicht nur, dass verglichen mit dem heutigen Stand immer mehr Geflüchtete eine Arbeitsstelle finden, sondern dass auch immer mehr ältere Langzeitarbeitslose in Rente gehen und junge Arbeitssuchende aufgrund der Arbeitsmarktlage gute Beschäftigungsperspektiven haben.

Kapitalstock

Der Kapitalstock wird über den gesamten Projektionszeitraum anhand der Nettoinvestitionen fortgeschrieben. Zum Kapitalstock des Vorjahres kommen dementsprechend die Bruttoanlageinvestitionen abzüglich der Abschreibungen hinzu. Die Abschreibungsrate wird bis 2020 an den Wert aus der kurzen Frist angepasst und anschließend konstant auf den Wert des letzten Beobachtungszeitpunktes gesetzt. Der Kapitalstock wird nicht geglättet.

verlangsamten wird. Ab 2022 dürften das Erwerbspersonenpotential und die Beschäftigung sogar sinken, denn die in Rente gehenden Arbeitskräfte können nicht mehr vollständig durch Zuwanderung oder eine steigende Erwerbsbeteiligung ersetzt werden. Die Arbeitsproduktivität steigt im Projektionszeitraum um durchschnittlich 1,2 Prozentpunkte und damit deutlich mehr als während der vergangenen fünf Jahre. Dies liegt auch daran, dass in Folge der

Arbeitskräfteknappheit die Bruttolöhne und -gehälter im Projektionszeitraum stärker steigen.

Die Einkommen der privaten Haushalte werden durch die Abschaffung des Solidaritätszuschlages ab dem Jahr 2021 angeschoben. Sieht man von diesem Einmaleffekt ab, bleiben die Wachstumsraten des privaten Konsums pro Kopf allerdings in etwa konstant. Der öffentliche Konsum dürfte

Tabelle

Wachstum des realen Produktionspotentials

Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2012–2017	2017–2023
Produktionspotential	1,6	1,4
Wachstumsbeiträge		
Arbeitsvolumen	0,6	0,3
Kapitalvolumen	0,4	0,5
Totale Faktorproduktivität	0,6	0,6

Anmerkung: Differenzen bei der Aggregation entstehen durch Rundungseffekte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2019

Produktionspotential

Die durchschnittliche Wachstumsrate des Arbeitsvolumens bis 2023 dürfte bei einem halben Prozentpunkt liegen, hauptsächlich getrieben durch den Anstieg der Partizipationsquote und die sinkende NAWRU. Die durchschnittliche trendmäßige Arbeitszeit bleibt über den gesamten Zeitraum nahezu konstant. Trotz der relativ hohen Nettozuwanderung in den Jahren 2016 und 2017 wird auch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Durchschnitt keine spürbaren Wachstumsimpulse liefern. Alles in allem dürfte das potentielle Arbeitsvolumen in Stunden bis 2023 damit durchschnittlich einen Wachstumsbeitrag von einem Drittel-Prozentpunkt leisten. Die Wachstumsrate des Kapitalstocks liegt mit 1,3 Prozentpunkten unterhalb der Wachstumsrate des Produktionspotentials. Der Beitrag des Faktors Kapital zum Potentialwachstum dürfte im gesamten Projektionszeitraum einen halben Prozentpunkt ausmachen.

Zusammen mit dem Wachstumsbeitrag der totalen Faktorproduktivität in Höhe von knapp zwei Drittel-Prozentpunkten ergibt sich schließlich, dass das reale Produktionspotential bis 2023 um jahresdurchschnittlich 1,4 Prozent zunehmen wird (Tabelle). Allerdings verlangsamt sich das Tempo, mit dem das Potential in der kurzen Frist wächst, deutlich: Demografisch bedingt geht es auf etwa ein Prozent zurück.

liegen, denn die schwächere Dynamik des Erwerbspersonenpotentials erfordert auch eine höhere Kapitalintensität in der Produktion. Das Exportwachstum lässt entsprechend der weltwirtschaftlichen Nachfrage etwas nach. Der Außenbeitrag ist in der mittleren Frist wachstumsneutral (Tabelle 11).

Über den gesamten Projektionszeitraum wird der Deflator des Bruttoinlandsprodukts um durchschnittlich 1,8 Prozent zunehmen. Zum einen dürften von den im Koalitionsvertrag angelegten fiskalischen Impulsen Preiseffekte ausgehen. Zum anderen dürften die höheren Lohnkosten an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden. Die Wachstumsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts liegt jahresdurchschnittlich bei gut 3,1 Prozent.

hingegen etwas an Bedeutung gewinnen, da die alternde Bevölkerung zunehmend Leistungen beispielsweise der gesetzlichen Krankenversicherung in Anspruch nehmen wird.

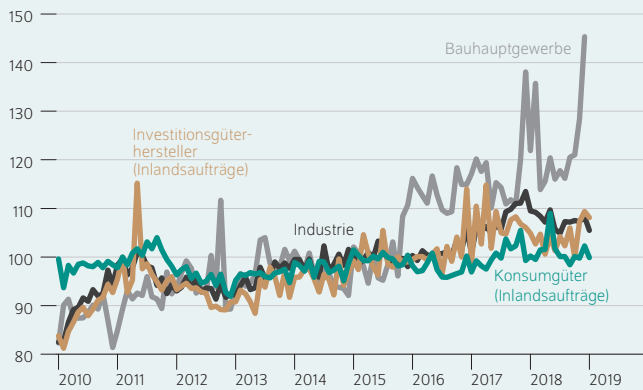
Die restriktiveren Finanzierungsbedingungen dämpfen die Anlageinvestitionen zwar etwas. Die Investitionsquote dürfte im Jahr 2023 dennoch über dem Niveau des Jahres 2017

Abbildung 9

Konjunkturindikatoren für Deutschland

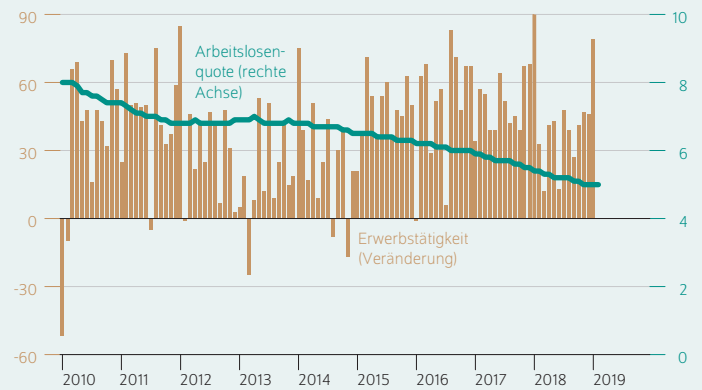
1. Auftragseingang

Kalender- und saisonbereinigte Werte



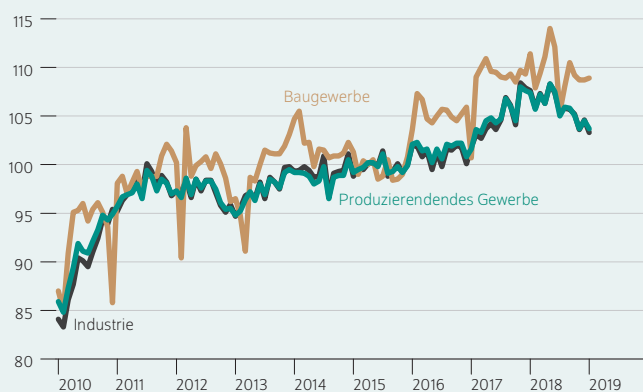
2. Arbeitsmarkt

In Prozent, Tausend



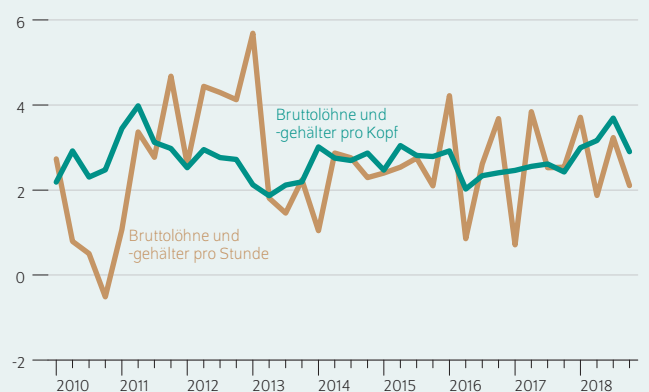
3. Produktionsindex

Kalender- und saisonbereinigte Werte



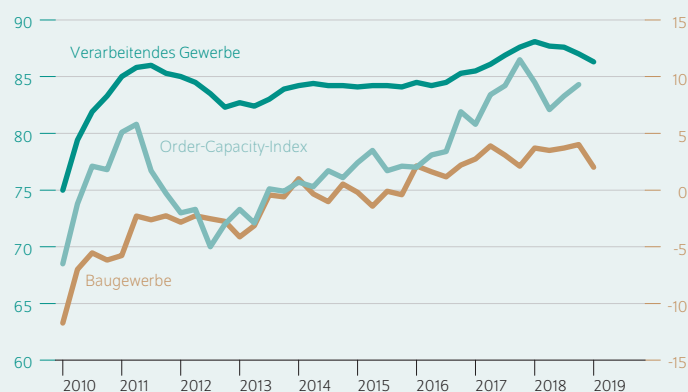
4. Löhne

Veränderung in Prozent



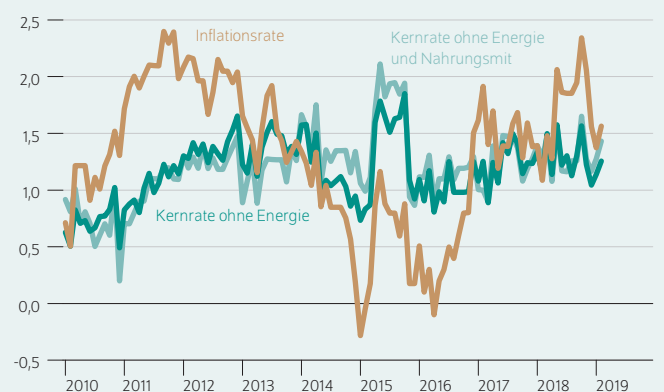
5. Kapazitätsauslastung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



6. Preisentwicklung

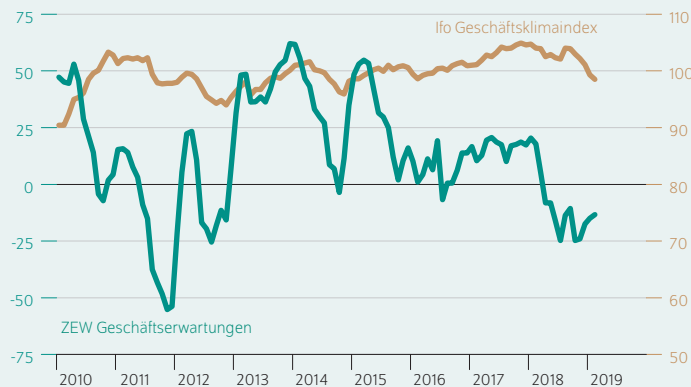
In Prozent, saisonbereinigte Werte



Quellen: (1, 3, 4, 6) Statistisches Bundesamt; (2) Deutsche Bundesbank; (5) ifo Institut; Deutsche Bundesbank; (7) ifo Institut; ZEW; (8, 10, 12) Deutsche Bundesbank; (9) Eurostat; Baker/Bloom/Davis; (11) Statistisches Bundesamt.

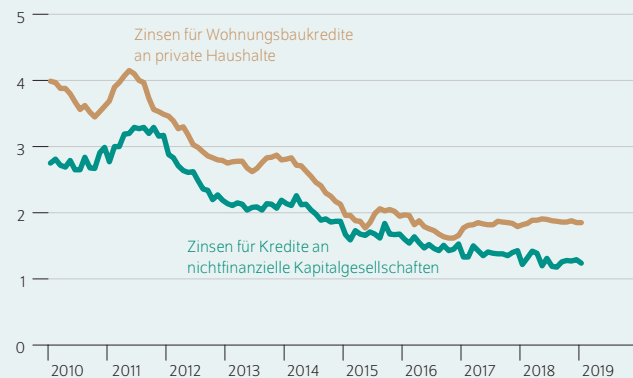
7. Unternehmensstimmung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



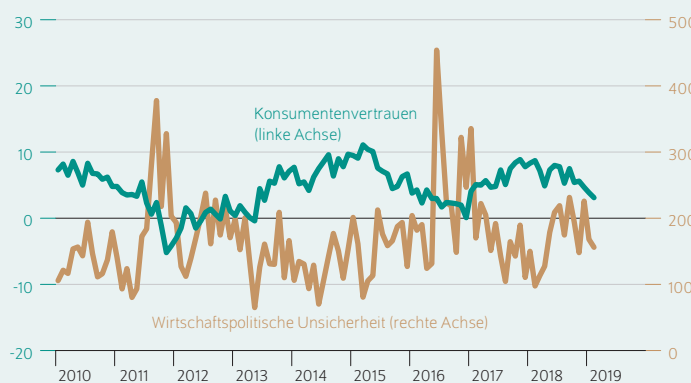
8. Zinsen

In Prozent



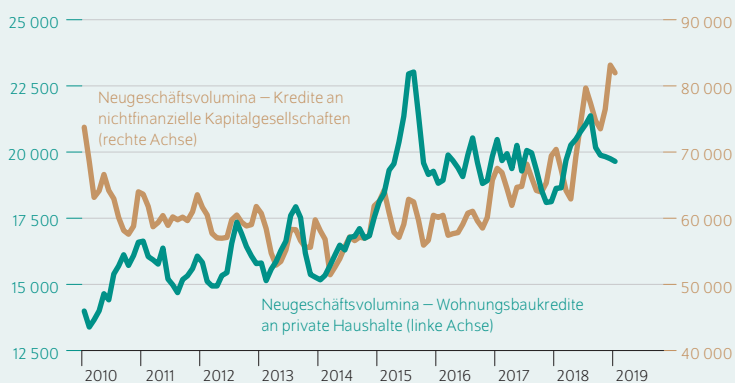
9. Konsumentenstimmung, wirtschaftspolitische Unsicherheit

Salden positiver/negativer Antworten; Newsindex, Mittelwert vor 2011=100



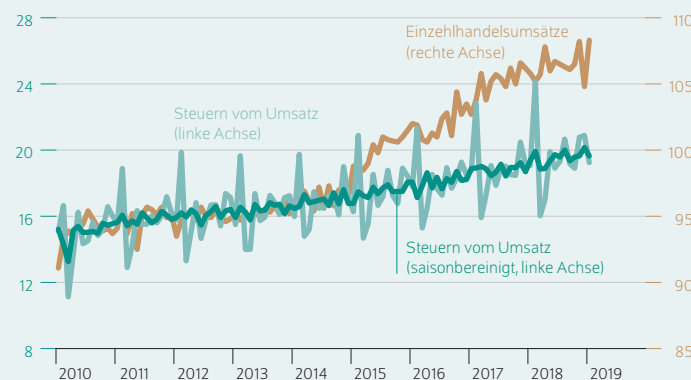
10. Kredite – Neugeschäftsvolumina

In Millionen Euro, gleitender Monatsdurchschnitt



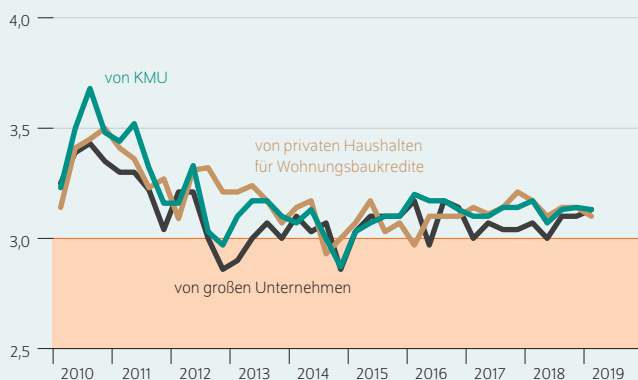
11. Umsatzsteueraufkommen und Einzelhandelsumsätze

Index 2010=100, in Milliarden Euro



12. Kreditnachfrage in den kommenden drei Monaten

3 = konstant; >3: steigt; <3: sinkt



Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Martin Bruns ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mbruns@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Max Hanisch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Weltwirtschaft am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Konstantin Kholodilin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | kkholodilin@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 11+12/2019:

www.diw.de/diw_weekly



INTERVIEW



Dr. Claus Michelsen, Leiter der Abteilung
Konjunkturpolitik am DIW Berlin

„Wachstumsdynamik wird vielerorts zunehmend vom Konsum statt von Investitionen getragen“

1. **Herr Michelsen, die Zeiten der Hochkonjunktur sind in Deutschland vorbei. Wird sich die Dynamik der deutschen Wirtschaft weiterhin abkühlen?** Nach dem starken Wachstum der Jahre 2017 und 2018 kam es zu einer merklichen Abkühlung im zweiten Halbjahr. Das setzt sich unserer Einschätzung nach fort. Die Wachstumsraten werden deutlich geringer ausfallen als noch im Vorjahr. Wir gehen momentan davon aus, dass wir in diesem Jahr noch ein solides Wachstum der Wirtschaftsleistung in einer Größenordnung von einem Prozent erleben werden. Allerdings ist das alles andere als in Stein gemeißelt, denn das hängt davon ab, in welche Richtung bestimmte Entwicklungen gehen.
2. **Was macht es so schwierig, die derzeitige Situation exakt einzuschätzen?** Die Indikatorenlage ist alles andere als eindeutig. Auf der einen Seite wissen wir, dass es in der Automobilindustrie und auch in der chemischen Industrie zu Sondereffekten gekommen ist, die mit Abgaszertifizierungen zusammenhängen oder auch mit dem Niedrigwasser des Rheins im Herbst. Daher müsste es im ersten Quartal eigentlich Rückprall- und Aufholeffekte geben. Dafür gibt es auch klare Hinweise, beispielsweise die wieder steigenden Umsätze in der Automobilindustrie. Auf der anderen Seite ist die inländische Produktion noch nicht so stark angesprungen, dass wir von einem ordentlichen Aufholprozess sprechen können. Nun ist die Frage, ob es diese Aufholeffekte also gibt oder nicht – und falls ja, wann sie eintreten. Bleiben sie aus, wird das Wirtschaftswachstum in Deutschland deutlich geringer ausfallen, als wir es jetzt prognostizieren.
3. **Inwieweit sind diese Aufholeffekte durch den Dieselskandal und auch durch die Umbrüche der Automobilindustrie in Richtung Elektromobilität gefährdet?** Das spielt sicherlich eine Rolle. Bisher haben wir das eher als ein Zulassungsproblem und weniger als ein Nachfrageproblem interpretiert. Dafür spricht auch, dass die Sparquote der privaten Haushalte genau in dem Moment hochgeschellt ist, als die Produktion und der Absatz von Automobilen einbrach. Das lässt darauf schließen, dass Haushalte Autos

kaufen wollten, aber nicht konnten und den Kauf daraufhin in die Zukunft verschoben. Inwiefern es gerade strukturelle Veränderungen in der Automobilindustrie gibt, können wir nur relativ vage einschätzen. Der Absatz von Dieselfahrzeugen ist stark gesunken. Der Trend zum Benziner wiederum hat zur Folge, dass die Automobilhersteller ihre Flotten nicht mehr so CO₂-günstig darstellen können wie vorher. Das gibt der Elektromobilität einen Schub, für die die Infrastruktur in Deutschland allerdings nicht besonders gut ausgebaut ist.

4. **Nicht nur die Automobilindustrie, sondern auch die Investitionsgüterindustrie hat eine große Bedeutung für den Export. Inwieweit leidet die Investitionsgüterindustrie in Deutschland unter der aktuellen Lage auf dem Weltmarkt?** Uns bereitet vor allem die Entwicklung in China Sorge, aber auch in Teilen des Euroraums. Dort ist die Nachfrage, gerade nach Investitionsgütern aus Deutschland, eingebrochen oder zurückgegangen. Das schlägt sich auch in einer schwächeren Entwicklung der deutschen Exportindustrie nieder. Insgesamt ist der Ausblick für die Weltwirtschaft zwar relativ solide, allerdings wird die Wachstumsdynamik vielerorts zunehmend vom Konsum statt von Investitionen getragen. Das wiederum ist schlecht für die deutsche Industrie, denn sie exportiert in erster Linie Investitionsgüter.
5. **Wie sieht es beim privaten Konsum in Deutschland aus?** Die privaten Haushalte sind eigentlich ganz gut aufgestellt, denn die Einkommen steigen nach wie vor kräftig. Der Arbeitsmarkt läuft gut, wir haben einen Rekordbeschäftigungsaufbau, der trotz aller Unkenrufe ungebrochen weitergeht. Dazu hat die GroKo für Entlastungen gesorgt, vor allem weil zu Jahresbeginn die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung wieder eingeführt wurde. Im Grunde genommen haben die privaten Haushalte genug Geld, sie müssen es nur ausgeben. Hier liegt dann der Hase im Pfeffer.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf
www.diw.de/interview

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2018

Milliarden Euro

	Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 053,2	2 074,5	328,2	650,5	–
4	– Abschreibungen	600,0	343,4	75,4	181,2	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 453,2	1 731,0	252,8	469,3	–229,2
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 745,1	1 251,3	256,3	237,5	15,0
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,1	13,4	0,2	9,5	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	27,4	25,7	0,2	1,5	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeineinkommen	712,4	492,0	–3,5	223,9	–244,2
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 746,0	–	–	1 746,0	14,0
11	– Geleistete Subventionen	28,9	–	28,9	–	5,5
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	355,9	–	355,9	–	7,1
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	704,0	650,7	31,0	22,4	180,4
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	776,9	349,4	18,4	409,1	107,5
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 858,3	190,7	311,0	2 356,6	–301,6
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	435,1	96,3	–	338,8	10,5
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	445,1	–	445,1	–	0,5
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	699,8	–	–	699,8	4,7
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	701,5	128,9	571,7	0,8	3,0
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	587,1	66,0	520,3	0,8	0,5
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	579,9	–	–	579,9	7,7
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	335,0	172,1	83,0	79,9	53,0
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	287,1	149,0	25,2	112,8	100,9
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 814,8	134,3	749,7	1 930,8	–258,1
25	– Konsumausgaben	2 438,9	–	662,2	1 776,7	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–52,8	–	52,8	–
27	= Sparen	375,9	81,5	87,5	206,9	–258,1
28	– Geleistete Vermögenstransfers	69,9	18,2	41,2	10,5	3,9
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	61,2	28,6	13,0	19,6	12,6
30	– Bruttoinvestitionen	717,9	418,7	78,1	221,1	–
31	+ Abschreibungen	600,0	343,4	75,4	181,2	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–1,7	–1,2	–1,4	0,9	1,7
33	= Finanzierungssaldo	251,1	17,8	58,0	175,2	–251,1
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 814,8	134,3	749,7	1 930,8	–258,1
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	430,0	–	430,0	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	430,0	–	–	430,0	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 814,8	134,3	319,7	2 360,8	–258,1
38	– Konsum ³	2 438,9	–	232,2	2 206,7	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–52,8	–	52,8	–
40	= Sparen	375,9	81,5	87,5	206,9	–258,1

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzgl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2019

Milliarden Euro

	Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 147,1	2 131,5	343,6	672,0	–
4	– Abschreibungen	629,2	363,4	75,3	190,6	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 517,9	1 768,1	268,4	481,3	–211,7
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 822,2	1 305,8	267,5	248,9	15,6
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	24,3	14,5	0,2	9,6	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	27,1	25,4	0,2	1,5	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeineinkommen	698,6	473,3	0,9	224,4	–227,3
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 823,1	–	–	1 823,1	14,6
11	– Geleistete Subventionen	29,0	–	29,0	–	5,2
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	363,5	–	363,5	–	6,8
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	702,0	651,3	30,4	20,2	181,8
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	778,5	353,3	19,0	406,2	105,4
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 932,7	175,4	323,8	2 433,5	–287,6
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	449,5	97,3	–	352,3	10,1
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	459,2	–	459,2	–	0,5
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	726,2	–	–	726,2	5,0
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	727,9	132,0	595,0	0,8	3,3
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	611,9	68,7	542,4	0,8	0,5
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	604,6	–	–	604,6	7,7
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	345,5	173,9	89,8	81,9	49,9
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	292,5	151,3	22,5	118,8	102,9
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 883,7	118,9	768,3	1 996,5	–238,6
25	– Konsumausgaben	2 521,3	–	691,6	1 829,7	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–53,6	–	53,6	–
27	= Sparen	362,4	65,3	76,7	220,4	–238,6
28	– Geleistete Vermögenstransfers	67,6	19,5	37,1	11,0	3,8
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	58,7	27,2	11,7	19,8	12,8
30	– Bruttoinvestitionen	753,0	429,3	85,1	238,6	–
31	+ Abschreibungen	629,2	363,4	75,3	190,6	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–2,0	–2,0	–1,4	1,4	2,0
33	= Finanzierungssaldo	231,7	9,1	42,9	179,7	–231,7
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 883,7	118,9	768,3	1 996,5	–238,6
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	446,9	–	446,9	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	446,9	–	–	446,9	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 883,7	118,9	321,4	2 443,4	–238,6
38	– Konsum ³	2 521,3	–	244,7	2 276,6	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–53,6	–	53,6	–
40	= Sparen	362,4	65,3	76,7	220,4	–238,6

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzgl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2020
Milliarden Euro

	Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 264,1	2 208,6	358,0	697,5	–
4	– Abschreibungen	659,4	381,5	77,5	200,3	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 604,7	1 827,1	280,5	497,2	–213,0
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 885,7	1 349,6	277,5	258,6	16,0
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	24,2	14,3	0,2	9,8	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	27,2	25,5	0,2	1,6	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen	722,0	488,6	3,0	230,4	–229,0
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 886,7	–	–	1 886,7	15,0
11	– Geleistete Subventionen	29,1	–	29,1	–	5,2
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	374,2	–	374,2	–	6,7
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	707,2	657,8	30,4	19,0	183,2
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	786,1	358,9	19,1	408,2	104,3
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 032,6	189,7	336,6	2 506,3	–291,3
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	468,3	101,3	–	367,0	9,8
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	477,7	–	477,7	–	0,5
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	751,3	–	–	751,3	5,3
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	752,9	135,2	616,9	0,8	3,6
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	634,8	71,2	562,8	0,8	0,5
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	627,3	–	–	627,3	7,9
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	354,1	175,6	94,6	83,9	52,8
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	301,9	153,5	22,7	125,7	105,0
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 983,9	130,4	796,4	2 057,1	–242,6
25	– Konsumausgaben	2 606,0	–	719,9	1 886,1	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–54,3	–	54,3	–
27	= Sparen	377,9	76,1	76,6	225,2	–242,6
28	– Geleistete Vermögenstransfers	70,7	20,9	38,3	11,5	3,8
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	61,6	29,9	11,7	20,0	12,9
30	– Bruttoinvestitionen	794,6	447,5	91,8	255,3	–
31	+ Abschreibungen	659,4	381,5	77,5	200,3	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–2,0	–1,8	–1,4	1,2	2,0
33	= Finanzierungssaldo	235,5	20,8	37,1	177,6	–235,5
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 983,9	130,4	796,4	2 057,1	–242,6
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	461,6	–	461,6	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	461,6	–	–	461,6	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 983,9	130,4	334,9	2 518,6	–242,6
38	– Konsum ³	2 606,0	–	258,3	2 347,7	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–54,3	–	54,3	–
40	= Sparen	377,9	76,1	76,6	225,2	–242,6

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzgl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

© DIW Berlin 2019

VGR-TABELLEN

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2018 bis 2020

	2018	2019	2020	2018		2019		2020	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	1,3	0,9	0,6	1,4	1,2	1,0	0,8	0,6	0,5
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,4	0,6	−1,0	0,4	0,4	1,2	0,0	−0,3	−1,7
Arbeitstage	−0,3	0,0	1,5	−0,5	−0,1	−0,8	0,8	0,5	2,4
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,4	1,5	1,0	1,4	1,5	1,4	1,6	0,8	1,3
Produktivität¹	0,0	−0,5	0,8	0,4	−0,5	−1,0	0,1	1,0	0,5
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,4	1,0	1,8	1,9	1,0	0,3	1,6	1,8	1,8
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 438,9	2 521,3	2 606,0	1 193,9	1 245,0	1 228,7	1 292,7	1 273,4	1 332,6
Private Haushalte²	1 776,7	1 829,7	1 886,1	873,2	903,4	893,2	936,5	923,8	962,4
Staat	662,2	691,6	719,9	320,6	341,5	335,5	356,1	349,7	370,2
Anlageinvestitionen	703,3	745,0	788,2	337,9	365,3	357,0	388,0	376,9	411,3
Ausrüstungen	225,7	234,4	246,4	107,9	117,7	110,9	123,5	116,1	130,3
Bauten	350,5	378,5	404,6	168,0	182,4	181,9	196,6	194,0	210,6
Sonstige Anlageinvestitionen	127,1	132,1	137,2	62,0	65,2	64,2	67,9	66,8	70,5
Vorratsveränderung³	14,6	8,4	6,9	8,7	5,9	13,4	−5,0	11,7	−4,8
Inländische Verwendung	3 156,8	3 274,7	3 401,1	1 540,6	1 616,2	1 599,0	1 675,7	1 662,1	1 739,1
Außenbeitrag	229,2	211,7	211,6	131,3	97,9	112,1	99,6	112,3	99,4
Exporte	1 590,2	1 632,3	1 684,7	791,8	798,4	806,6	825,7	830,2	854,5
Importe	1 360,9	1 420,6	1 473,1	660,5	700,5	694,5	726,1	717,9	755,1
Bruttoinlandsprodukt	3 386,0	3 486,5	3 612,8	1 671,8	1 714,2	1 711,2	1 775,3	1 774,3	1 838,4
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	2,9	3,4	3,4	3,0	2,7	2,9	3,8	3,6	3,1
Private Haushalte²	2,6	3,0	3,1	2,9	2,3	2,3	3,7	3,4	2,8
Staat	3,6	4,4	4,1	3,5	3,8	4,6	4,3	4,2	3,9
Anlageinvestitionen	5,6	5,9	5,8	5,3	6,0	5,6	6,2	5,6	6,0
Ausrüstungen	4,9	3,9	5,1	5,6	4,2	2,7	4,9	4,7	5,4
Bauten	7,3	8,0	6,9	6,1	8,5	8,2	7,8	6,7	7,1
Sonstige Anlageinvestitionen	2,6	3,9	3,9	2,6	2,7	3,7	4,1	3,9	3,9
Inländische Verwendung	4,2	3,7	3,9	3,7	4,7	3,8	3,7	3,9	3,8
Exporte	3,1	2,7	3,2	3,8	2,5	1,9	3,4	2,9	3,5
Importe	5,2	4,4	3,7	3,8	6,5	5,2	3,7	3,4	4,0
Bruttoinlandsprodukt	3,3	3,0	3,6	3,7	2,9	2,4	3,6	3,7	3,6
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 179,3	2 214,4	2 249,6	1 075,2	1 104,1	1 087,0	1 127,4	1 106,8	1 142,8
Private Haushalte²	1 610,1	1 632,3	1 656,7	794,4	815,7	799,9	832,5	814,1	842,6
Staat	568,7	581,4	592,1	280,5	288,2	286,7	294,6	292,2	299,9
Anlageinvestitionen	608,3	626,2	648,0	294,2	314,0	301,3	324,9	310,9	337,1
Ausrüstungen	216,3	222,8	233,3	103,4	112,9	105,1	117,8	109,6	123,7
Bauten	280,7	289,6	298,6	136,3	144,4	140,4	149,1	144,3	154,3
Sonstige Anlageinvestitionen	112,1	114,6	117,4	54,9	57,2	55,9	58,7	57,3	60,2
Inländische Verwendung	2 785,3	2 836,1	2 892,0	1 374,6	1 410,6	1 398,2	1 437,9	1 426,2	1 465,8
Exporte	1 486,9	1 517,3	1 565,8	744,4	742,5	749,6	767,7	771,7	794,0
Importe	1 299,9	1 354,6	1 405,7	635,1	664,8	661,2	693,4	684,7	721,0
Bruttoinlandsprodukt	2 974,2	3 003,1	3 057,4	1 483,8	1 490,4	1 488,1	1 515,0	1 515,0	1 542,4
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	1,0	1,6	1,6	1,2	0,8	1,1	2,1	1,8	1,4
Private Haushalte²	1,0	1,4	1,5	1,3	0,6	0,7	2,1	1,8	1,2
Staat	1,0	2,2	1,8	0,9	1,2	2,2	2,2	1,9	1,8
Anlageinvestitionen	2,6	2,9	3,5	2,5	2,7	2,4	3,5	3,2	3,8
Ausrüstungen	4,2	3,0	4,7	5,1	3,4	1,6	4,3	4,3	5,0
Bauten	2,4	3,2	3,1	1,6	3,1	3,1	3,3	2,7	3,5
Sonstige Anlageinvestitionen	0,4	2,2	2,4	0,4	0,4	1,9	2,6	2,5	2,4
Inländische Verwendung	1,9	1,8	2,0	1,7	2,2	1,7	1,9	2,0	1,9
Exporte	2,0	2,0	3,2	3,2	0,8	0,7	3,4	3,0	3,4
Importe	3,3	4,2	3,8	3,1	3,5	4,1	4,3	3,6	4,0
Bruttoinlandsprodukt	1,4	1,0	1,8	1,9	1,0	0,3	1,6	1,8	1,8

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2018 bis 2020

	2018	2019	2020	2018		2019		2020	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010 = 100)									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	1,6	1,6	1,6	1,5	1,7	1,6	1,6	1,6	1,5
Konsumausgaben des Staates	2,6	2,2	2,2	2,6	2,6	2,4	2,0	2,3	2,1
Anlageinvestitionen	2,9	2,9	2,2	2,7	3,2	3,2	2,7	2,3	2,2
Ausrüstungen	0,6	0,9	0,4	0,4	0,8	1,1	0,6	0,4	0,4
Bauten	4,8	4,7	3,7	4,4	5,2	5,0	4,4	3,9	3,5
Exporte	1,1	0,6	0,0	0,5	1,7	1,2	0,0	0,0	0,1
Importe	1,8	0,2	-0,1	0,7	2,9	1,0	-0,6	-0,2	0,0
Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,0	1,8	1,8	1,9	2,1	1,9	1,8	1,7
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Milliarden Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 356,6	2 433,5	2 506,3	1 166,1	1 190,5	1 203,8	1 229,7	1 239,1	1 267,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	313,5	327,7	338,0	151,6	161,9	159,3	168,4	164,2	173,8
Bruttolöhne und -gehälter	1 432,5	1 495,4	1 548,7	682,9	749,6	715,4	780,0	741,6	807,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	610,5	610,3	619,6	331,6	279,0	329,1	281,2	333,3	286,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	501,8	499,6	525,4	234,3	267,5	223,4	276,2	237,7	287,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 858,3	2 933,1	3 031,7	1 400,4	1 458,0	1 427,2	1 505,8	1 476,8	1 554,9
Abschreibungen	600,0	629,2	659,4	296,8	303,2	311,4	317,8	326,4	333,0
Bruttonationaleinkommen	3 458,4	3 562,3	3 691,1	1 697,2	1 761,2	1 738,7	1 823,6	1 803,2	1 887,9
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2 531,3	2 598,6	2 686,7	1 237,1	1 294,2	1 262,1	1 336,6	1 306,3	1 380,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	785,3	775,5	800,0	402,6	382,7	387,3	388,1	400,5	399,5
Arbeitnehmerentgelt	1 746,0	1 823,1	1 886,7	834,5	911,5	874,7	948,4	905,8	980,8
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,8	3,3	3,0	4,2	3,4	3,2	3,3	2,9	3,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,8	4,5	3,1	3,6	3,9	5,1	4,0	3,1	3,2
Bruttolöhne und -gehälter	4,8	4,4	3,6	4,8	4,8	4,7	4,1	3,7	3,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,6	0,0	1,5	3,4	-0,5	-0,7	0,8	1,3	1,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-0,3	-0,4	5,2	0,0	-0,6	-4,7	3,3	6,4	4,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,1	2,6	3,4	3,5	2,6	1,9	3,3	3,5	3,3
Abschreibungen	4,7	4,9	4,8	4,5	4,9	4,9	4,8	4,8	4,8
Bruttonationaleinkommen	3,3	3,0	3,6	3,7	3,0	2,4	3,5	3,7	3,5
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3,1	2,7	3,4	3,6	2,5	2,0	3,3	3,5	3,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-0,3	-1,3	3,2	1,6	-2,2	-3,8	1,4	3,4	2,9
Arbeitnehmerentgelt	4,6	4,4	3,5	4,6	4,7	4,8	4,1	3,6	3,4
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Milliarden Euro									
Masseneinkommen	1 400,9	1 466,8	1 519,8	673,7	727,2	706,4	760,4	735,6	784,2
Nettolöhne- und -gehälter	945,2	990,5	1 025,3	446,0	499,2	469,5	521,0	486,6	538,7
Monetäre Sozialleistungen	579,9	604,6	627,3	289,4	290,5	300,6	304,0	315,0	312,3
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	124,2	128,4	132,8	61,7	62,5	63,8	64,6	66,0	66,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	610,5	610,3	619,6	331,6	279,0	329,1	281,2	333,3	286,4
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-80,7	-80,6	-82,4	-42,3	-38,4	-41,3	-39,3	-42,2	-40,2
Verfügbares Einkommen	1 930,8	1 996,5	2 057,1	963,0	967,8	994,2	1 002,3	1 026,7	1 030,4
Nachrichtlich:									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	52,8	53,6	54,3	26,1	26,7	26,5	27,1	26,8	27,5
Konsumausgaben	1 776,7	1 829,7	1 886,1	873,2	903,4	893,2	936,5	923,8	962,4
Sparen	206,9	220,4	225,2	115,8	91,1	127,5	92,9	129,7	95,5
Sparquote in Prozent ⁷	10,4	10,7	10,7	11,7	9,2	12,5	9,0	12,3	9,0
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	3,9	4,7	3,6	3,8	4,0	4,8	4,6	4,1	3,1
Nettolöhne- und -gehälter	4,7	4,8	3,5	4,7	4,7	5,3	4,4	3,6	3,4
Monetäre Sozialleistungen	2,6	4,3	3,8	2,4	2,8	3,9	4,7	4,8	2,7
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	3,1	3,4	3,5	3,0	3,2	3,4	3,5	3,4	3,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,6	0,0	1,5	3,4	-0,5	-0,7	0,8	1,3	1,8
Verfügbares Einkommen	3,3	3,4	3,0	3,4	3,1	3,2	3,6	3,3	2,8
Konsumausgaben	2,6	3,0	3,1	2,9	2,3	2,3	3,7	3,4	2,8
Sparen	9,0	6,5	2,2	7,3	11,2	10,0	2,0	1,8	2,8

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2018 bis 2020

	2018	2019	2020	2018		2019		2020	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁸									
a) Milliarden Euro									
Einnahmen									
Steuern	801,0	822,7	851,8	404,4	396,6	413,4	409,3	427,7	424,1
direkte Steuern	445,1	459,2	477,7	227,3	217,8	234,4	224,8	243,3	234,3
indirekte Steuern	355,9	363,5	374,2	177,1	178,8	179,0	184,5	184,4	189,8
Nettosozialbeiträge	571,7	595,0	616,9	276,7	295,0	287,7	307,3	299,1	317,7
Vermögenseinkommen	18,4	19,0	19,1	11,4	7,0	11,9	7,0	12,0	7,0
Laufende Übertragungen	25,2	22,5	22,7	11,6	13,6	10,4	12,1	10,5	12,2
Vermögenstransfers	13,0	11,7	11,7	5,5	7,5	5,4	6,3	5,4	6,3
Verkäufe	114,0	117,1	119,2	54,1	60,0	55,5	61,6	56,5	62,7
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1543,6	1588,2	1641,5	763,8	779,7	784,4	803,7	811,3	830,2
Ausgaben									
Vorleistungen	161,8	167,8	173,9	73,8	88,0	76,5	91,3	79,3	94,6
Arbeitnehmerentgelte	256,3	267,5	277,5	123,1	133,2	128,5	139,0	133,8	143,7
Soziale Sachleistungen	286,1	297,3	307,1	142,0	144,1	148,2	149,2	153,0	154,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	31,0	30,4	30,4	15,8	15,1	14,9	15,5	14,3	16,1
Subventionen	28,9	29,0	29,1	13,8	15,1	13,8	15,2	13,9	15,2
Monetäre Sozialleistungen	520,3	542,4	562,8	259,8	260,6	269,7	272,6	282,6	280,1
Sonstige laufende Transfers	83,0	89,8	94,6	40,6	42,4	44,0	45,8	46,3	48,3
Bruttoinvestitionen	78,1	85,1	91,8	34,0	44,2	37,3	47,8	40,2	51,6
Vermögenstransfers	41,2	37,1	38,3	13,2	28,0	14,0	23,1	14,5	23,9
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	−1,4	−1,4	−1,4	−0,6	−0,9	−0,6	−0,9	−0,6	−0,9
Sonstige Produktionsabgaben	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1485,5	1545,3	1604,4	715,6	770,0	746,5	798,8	777,5	826,9
Finanzierungssaldo	58,0	42,9	37,1	48,2	9,8	37,9	4,9	33,8	3,3
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	4,5	2,7	3,5	5,4	3,6	2,2	3,2	3,5	3,6
direkte Steuern	5,7	3,2	4,0	7,7	3,7	3,1	3,2	3,8	4,2
indirekte Steuern	3,1	2,1	2,9	2,7	3,5	1,1	3,2	3,0	2,9
Nettosozialbeiträge	4,2	4,1	3,7	4,1	4,3	3,9	4,2	4,0	3,4
Vermögenseinkommen	16,1	2,8	0,5	32,1	−3,1	4,4	0,3	0,8	0,0
Laufende Übertragungen	15,7	−11,0	0,9	18,2	13,7	−10,6	−11,2	0,9	0,9
Vermögenstransfers	27,6	−9,6	−0,2	14,6	39,2	−1,5	−15,6	−0,4	0,1
Verkäufe	2,9	2,7	1,8	3,0	2,8	2,7	2,7	1,7	1,8
Sonstige Subventionen	−9,0	0,0	0,0	−4,4	−12,7	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,7	2,9	3,4	5,3	4,2	2,7	3,1	3,4	3,3
Ausgaben									
Vorleistungen	3,6	3,7	3,7	3,0	4,1	3,6	3,7	3,7	3,7
Arbeitnehmerentgelte	3,9	4,4	3,7	4,1	3,7	4,4	4,4	4,1	3,4
Soziale Sachleistungen	2,8	3,9	3,3	2,8	2,7	4,3	3,5	3,3	3,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	−8,5	−1,6	0,0	−10,5	−6,2	−5,9	2,8	−4,0	3,9
Subventionen	1,9	0,4	0,4	−0,6	4,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Monetäre Sozialleistungen	2,8	4,2	3,8	2,6	3,1	3,8	4,6	4,8	2,8
Sonstige laufende Transfers ⁹	7,8	6,8	4,8	0,8	7,0	3,4	3,4	2,3	2,4
Bruttoinvestitionen	7,9	8,9	7,9	9,1	6,9	10,0	8,1	7,7	8,0
Vermögenstransfers ⁹	−2,7	−4,1	1,2	−40,4	28,8	5,8	−17,5	3,2	3,3
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	0,2	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	−3,5	4,2	1,2	−3,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,2	4,0	3,8	1,4	4,8	4,3	3,7	4,2	3,5

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); DIW Frühjahrsrundlinien 2019.



KARL BRENKE

Home-Office: Nicht in der Bequemlichkeit verharren

Karl Brenke ist Arbeitsmarktexperte am DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Jüngst sickerten an die Presse Planungen der SPD für eine Gesetzesinitiative durch, mit der abhängig Beschäftigte ein Recht auf Home-Office verschafft werden soll. Eigentlich sollte die Gesetzesinitiative unnötig sein, denn Home-Office bietet allseits nur Vorteile. Die abhängig Beschäftigten erhalten mehr Zeitautonomie und ersparen sich das oft zeitaufwendige und stressige Pendeln zum betrieblichen Arbeitsplatz. Das entlastet den Verkehr. Der Arbeitgeberseite eröffnen sich günstige Möglichkeiten, Produktivitätspotentiale zu erschließen.

Natürlich kann nicht jede Tätigkeit von zu Hause ausgeübt werden. Aber bei immerhin etwa 40 Prozent der Jobs wäre eine Tätigkeit von zu Hause aus möglich – zumindest gelegentlich. Tatsächlich arbeiten aber in Deutschland nur zwölf Prozent der Beschäftigten auch von zu Hause aus. Warum hat trotz der Vorteile nicht längst der Markt für eine stärkere Verbreitung gesorgt? Liegt hier „Marktversagen“ vor? Aber was ist der Markt? Er ist keine Zauberkraft, der die Menschen lenkt. Der Markt sind vielmehr die Menschen selbst und ihr Handeln. Es sind folglich immer bestimmte Interessen, Ziele und Rationalitäten im Spiel, die in der Summe keineswegs stets das bestmögliche Ergebnis für alle hervorbringen müssen.

Von denjenigen Beschäftigten, bei denen Home-Office möglich wäre, aber bisher nicht praktiziert wird, weiß man, dass ein Drittel gar keine Berufstätigkeit von zu Hause aus will. Über deren Motive kann nur spekuliert werden. Vielleicht wollen sie Berufsarbeit und Freizeit strikt trennen. Vielleicht spielt auch eine Rolle, dass man den täglichen Kontakt zu Kolleginnen und Kollegen braucht; der Betrieb wird als ein kommunikativer Ort angesehen.

Wie dem auch sei: Es liegt hauptsächlich an der Arbeitgeberseite, dass Berufstätigkeit noch wenig zu Hause ausgeübt wird. Über die Motive der Arbeitgeber hat der Bitkom, der Unternehmerverband der Digitalwirtschaft, versucht, Klarheit zu gewinnen. Zwar wird einer jüngst veröffentlichten Umfrage zufolge unter den Mitgliedsfirmen relativ häufig und in zunehmenden Maße Heimarbeit zugelassen. Gleichwohl: Etwa 60 Prozent

der Unternehmen sträuben sich dagegen. Von diesen gaben zwei Drittel an, dass Home-Office nicht für alle Beschäftigten in Frage käme und im Sinne einer Gleichbehandlung deshalb niemand zu Hause arbeiten darf. Auf den ersten Blick scheint in diesen Unternehmen der Kommunismus eingezogen zu sein. Das wird aber gewiss nicht so sein, denn beim Einkommen dürfte es mit der Gleichbehandlung vorbei sein, denn der Chef verdient bestimmt mehr als die Sekretärin. Offenkundig wurde also nur ein Argument vorgeschoben.

Ein weiterer, von 55 Prozent der entsprechenden Unternehmen genannter Grund ist, dass Home-Office „nicht vorgesehen“ sei. Das erinnert an den Beamtendreisatz der k. u. k. Monarchie: Erstens war es schon immer so, zweitens könnt' ja jeder kommen und drittens kann man da nichts machen. Ein weiteres vorgeschobenes Argument – aber interessant, wie manche Verantwortlichen in der deutschen Digitalwirtschaft denken. Häufig genannt wurde auch noch, dass ohne direkten Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen die Produktivität sinken würden und dass die Beschäftigten nicht jederzeit ansprechbar seien. Auch das muss Staunen auslösen, denn warum sollten gerade in dieser Branche moderne Kommunikationstechniken nicht bekannt sein.

Von einem Drittel der skeptischen Unternehmen wurde noch angeführt, dass die Arbeitszeit bei Heimarbeit schwer zu kontrollieren sei. Dieses Argument hat tatsächlich Gewicht. Denn natürlich kann die Leistung nicht mehr daran gemessen werden, wie lange die Beschäftigten im Büro sind. Stattdessen müssen für die Heimarbeit konkrete Aufgaben definiert werden. Das verlangt von den Vorgesetzten mehr Anstrengung – und wird manche von ihnen aus dem gewohnten Trott bringen. Wahrscheinlich wird eine Umorientierung bei der Leistungsbeurteilung auch unnütze Tätigkeiten oder betrieblichen Leerlauf aufdecken. Home-Office kann Bewegung in die Betriebe bringen, und das wird offenbar gescheut. Solche Bequemlichkeit ist auch eine Art von Rationalität – aber eine, die der modernen Arbeitswelt immer weniger gerecht wird.

Dieser Beitrag ist am 5. März 2019 auf tagesspiegel.de erschienen.